

Actualités 1/2022

Die elektronische Zeitschrift der
Deutsch-Französischen Juristenvereinigung e.V.



■ Termine 2022

Herbsttagung

16. und 17. September 2022
in Straßburg

Vorseminar

14. bis 18. September 2022
in Straßburg

Liebe Mitglieder,
liebe Freunde der DFJ,

Sie halten hiermit die erste Ausgabe der *Actualités* des Jahres 2022 in den Händen, die aufgrund der vielfältigen Ereignisse dieses Jahres etwas auf sich hat warten lassen, aber was lange währt muss doch gut werden:

Das Jahr begann hoffnungsvoll mit der im Februar versandten Einladung zur Frühjahrstagung am 19. März 2022 in Frankfurt. Diese Hoffnung hat sich erfüllt, und es bleibt die Erinnerung an ein Wiedersehen im großen Kreis im eleganten Ambiente der Villa Bonn, anregende Gespräche, neue Gesichter im Vorstand und interessante Vorträge. Darüber hinaus sind uns die *regards croisés* erhalten geblieben, die uns mit unserer Schwesternvereinigung verbinden und wieder auf regen Zuspruch gestoßen sind. Nun erwarten wir mit Spannung die Herbsttagung in Straßburg im September.

Weiterhin berichten wir in dieser Ausgabe der *Actualités* über die deutsch-französische Juristenausbildung im universitären (Programm Mainz/Paris) und berufsbildenden (Frankreichseminar des Landes NRW) Bereich und liefern Informationen zu einem neu entstandenen Netzwerk von im Ausland praktizierenden *Avocats*.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre in sommerlicher Vorfreude!

Ihre

Konstanze Brieskorn

Chers membres,
chers amis de la DFJ,

Voici la première édition de nos *Actualités* de 2022. Si cette édition vous a fait attendre, c'était pour pouvoir vous donner un aperçu des activités multiples au sein de notre association depuis le début de cette année, ce qui est plutôt un bon signe :

En février, l'année a été lancée par l'invitation à l'assemblée générale du 19 mars 2022 à Francfort, et les espoirs liés à cette invitation n'ont pas été déçus : beaucoup d'entre nous se souviendront de cette rencontre conviviale dans les lieux prestigieux de la Villa Bonn, des discussions et discours fructueux et de nouveaux visages au sein du *Vorstand* de notre association. Les *regards croisés* nous ont permis de continuer nos échanges, également avec nos amis de l'AJFA. Les échanges seront encore approfondis lors de notre rencontre annuelle prévue en septembre à Strasbourg.

La présente édition des *Actualités* est en outre dédiée à la formation universitaire (programme Mayence-Paris) et professionnelle (*Frankreichseminar*) des juristes et à un nouveau réseau des avocats exerçant à l'étranger.

Nous vous souhaitons une agréable lecture estivale.

Bien à vous,

Konstanze Brieskorn

Inhaltsverzeichnis

Die Vereinigung aktiv	4
Mitgliederversammlung der DFJ in Frankfurt am Main – das Protokoll.....	4
Die neuen Vorstandsmitglieder stellen sich vor	8
Von Generalsekretärin zu Generalsekretär – Lettre à Arno Maier-Bridou	11
von Dr. Fabienne Kutscher-Puis, Düsseldorf	
Neuer Generalsekretär der AJFA	13
Die Exzellenzpreise der Deutsch-Französischen Hochschule 2022	13
Praxiswissen.....	15
Regards croisés sur certains aspects de la protection des données personnelles dans les	15
relations de travail en France et en Allemagne	
von Dr. Maryline Durin, Straßburg, und Dr. Konstanze Brieskorn, Paris/Berlin	
Klimaklagen gegen Unternehmen – eine rechtsvergleichende Betrachtung zum Anlass der	29
Frühjahrstagung der DFJ	
von Caroline Cohen, Frankfurt am Main	
Aus den Hochschulen	34
Der integrierte Deutsch-Französische Studiengang Mainz-Paris aus Sicht eines	34
deutschen Studierenden	
von Konrad Terporten, Mainz	
Aus der Anwaltschaft	37
50 Jahre Frankreichseminar	37
von Dr. Fabienne Kutscher-Puis, Düsseldorf.....	
Création de l’APPEAL-E: l’association des avocats exerçant à l’étranger.....	43
von Marie-Avril Roux Steinkühler, LL.M.	
Im Gespräch	44
Frau Dr. Andrea Schulz, Verbindungsbeamtin des Bundesministeriums der Justiz und für	45
Verbraucherschutz im französischen Justizministerium	
Dr. Maria Kordeva, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für französisches öffentliches.....	48
Recht an der Universität des Saarlandes	
Lesenswertes	52
André Howe, Die fehlerhafte Personengesellschaft im deutschen und französischen Recht:	52
von Dr. Konstanze Brieskorn, Paris/Berlin	
Literaturhinweise BIJUS	54
Neue Perspektiven.....	58
Stellenanzeige Notar Benjamin Schäfer:	58
<i>Juristischer Mitarbeiter m/w/d</i>	

Stellenanzeige Qivive Avocats und Rechtsanwälte:.....	60
<i>AnwältInnen (m/w/d) im französischen Arbeitsrecht</i>	
<i>AnwältInnen im französischen Steuerrecht</i>	
Stellenanzeige Aareon AG:.....	61
<i>Frankophiler Jurist (m/w/d) Datenschutz</i>	
Stellenanzeige Deutsch-Französische Hochschule (DFH):.....	62
<i>Jurist (m/w/d) in Teilzeit 60 %</i>	
Stellenanzeige DS GRANER & Partner mbB Rechtsanwälte Avocats:	63
<i>Rechtsanwalt (m/w/d) im Wirtschaftsrecht (in Vollzeit)</i>	
Stellenanzeige Hogan Lovells (Büro Luxemburg):.....	64
<i>Associate Kapitalmärkte und Bankwesen</i>	
Stellenanzeige SHS – Stahl-Holding-Saar:.....	66
<i>Frankophile(r) Unternehmensjurist(in) DE/FR</i>	
Stellenanzeige SOFFAL:	68
<i>Droit des affaires Avocat(e) germanophone</i>	
Stellenanzeige LPA-GGV legal tax:	69
<i>Rechtsanwalt mit deutsch-französischer Doppelqualifikation (m/w/d)</i>	

Impressum

Deutsch-Französische Juristenvereinigung e.V.

Präsident:

Prof. Dr. Marc-Philippe Weller

Vizepräsident:

Dr. Heiner Baab

Generalsekretärin:

Dr. Fabienne Kutscher-Puis

Schatzmeister:

Dr. Christoph Hirschmann

Redaktion:

Dr. Fabienne Kutscher-Puis (V.i.S.d.P.)

fkp@kutscher-puis.com

Dr. Konstanze Brieskorn

k.brieskorn@hwh-avocats.com

DFJ-Sekretariat:

Jutta Leither

Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Fachbereich 03

D-55099 Mainz

Telefon: +49 6131 39-22412

E-Mail: jleith@uni-mainz.de

Vereinsregister Mannheim VR 100197

Internet

www.dfj.org

■ Die Vereinigung aktiv

Mitgliederversammlung der DFJ in Frankfurt am Main – das Protokoll

- TOP 1
Begrüßung, Bestimmung
des Protokollführers**
- Der Präsident, Professor Dr. Marc-Philippe Weller, begrüßte die Teilnehmer. Gemäß § 12 Abs. 2 der Vereinssatzung werden Mitgliederversammlungen vom Präsidenten geleitet. Zum Protokollführer wird der Vizepräsident Dr. Heiner Baab bestimmt.
- TOP 2
Genehmigung der Tages-
ordnung**
- Die Mitgliederversammlung genehmigt einstimmig die Tagesordnung. Es wird kein Antrag auf Aufnahme zusätzlicher Tagesordnungspunkte gestellt.
- TOP 3
Satzungsgemäße Einbe-
rufung**
- Der Präsident stellte die satzungsgemäße Einladung der Mitglieder gem. Art. 13 Abs. 1 der Vereinssatzung fest. Die Einladung vom 19. Februar 2022 wurde am 22. Februar 2022 per E-Mail (oder bei Mitgliedern, die der Vereinigung keine E-Mail-Adresse bekanntgegeben haben per Brief) an die Mitglieder abgesandt, sodass die Einladungsfrist von 2 Wochen eingehalten ist.
- TOP 4
Beschlussfähigkeit**
- Nach Art. 15 Abs. 1 der Vereinssatzung ist die Mitgliederversammlung beschlussfähig, wenn wenigstens 10 Mitglieder anwesend sind. Laut der von den Anwesenden unterschriebenen und diesem Protokoll in Kopie als Anlage [hier nicht abgedruckt] beigefügten Anwesenheitsliste sind 57 Mitglieder anwesend. Der Präsident stellte somit die Beschlussfähigkeit der Mitgliederversammlung fest.
- TOP 5
Billigung des Protokolls
der Mitgliederversamm-
lung vom 20. Sept. 2019**
- Das Protokoll der Mitgliederversammlung vom 20. September 2019 in Dresden wurde in unserem Mitteilungsblatt „Actualités“ 3/2019 veröffentlicht, welches an alle Mitglieder per E-Mail verteilt wurde und sich auch auf der Website der Vereinigung befindet. Das Protokoll wird per Handzeichen einstimmig gebilligt.
- TOP 6
Bericht des Präsidenten**
- Prof. Weller berichtet über Vorstandsaktivitäten, u.a. hat Dr. Fabienne Kutscher-Puis auf der heutigen Vorstandssitzung das Amt der Generalsekretärin von Dr. Arno Maier-Bridou übernommen, der auf eigenen Wunsch nur einfaches Mitglied im Vorstand bleiben möchte. Der Präsident bedankte sich herzlich bei Dr. Arno Maier-Bridou für das große und langjährige Engagement als Generalsekretär sowie für die Organisation der Frankfurter Frühjahrstagung 2022 und wünschte Dr. Fabienne Kutscher-Puis viel Erfolg in der neuen Rolle.
- TOP 7
Bericht des Vorstands**
- Dr. Heiner Baab berichtete über die Aktivitäten der Vereinigung seit 2019 mit der Tagung und Vorseminar in Dresden. Dies war unsere letzte großartige Tagung vor der Pandemie mit vielen Referenten und Referentinnen und tollen Ausflügen, organisiert von Vorstandsmitglied Herta Weisser mit ihrem Kanzlei-Team.

In 2020 wurde ein Spargelessen in Mainz von Dr. Johanna Schuster und eine Jahrestagung mit Vorseminar in Berlin mit attraktivem Programm von einem Organisations-Team mit Dr. Angelika Schlunck, Marie-Avril Roux Steinkühler, Sophie Jacobi, Dr. Alexander Jacobi, Christine Klos u.a. geplant, aber leider konnten diese Veranstaltungen wegen Covid nicht stattfinden.

Auch 2021 hatten wir wieder ein Spargelessen in Mainz und eine Tagung mit Vorseminar in Berlin mit den beteiligten Personen geplant, aber auch diese konnten leider nicht stattfinden.

Die DFJ hat im Jahr 2020 und 2021 wieder Exzellenzpreise für Rechtswissenschaften gefördert, die von der Deutsch-Französischen Hochschule (DFH) vergeben werden. Damit werden Absolventen und Absolventinnen der integrierten Studiengänge ausgezeichnet. Wir haben in beiden Jahren je 4 Exzellenzpreise mit € 1.500 gefördert. Die Preise überreichte unser Vizepräsident im Rahmen einer Online-Feier, ausgerichtet 2021 von der französischen Botschaft in Berlin und 2022 von der deutschen Botschaft in Paris.

Dr. Stefan Kettler konnte einen Kooperationsvertrag zwischen dem Verlag C.H. Beck oHG und der DFJ aushandeln, wonach die Vereinigung eine jährliche Zuwendung von € 1.000 erhält und dafür Bücher im Beck-Verlag mit Bezug zum französischen Recht auf der Webseite darstellt, sich um geeignete Rezensenten bemüht und sich ggf. einen Büchertisch bei Veranstaltungen aufstellt.

Dr. Fabienne Kutscher-Puis berichtete über unser Mitteilungsblatt *Actualités* und die seit Mitte 2021 stattgefundenen Online-Veranstaltungen (Webinare):

- Regards croisés AJFA/DFJ am 10. Juni 2021: „Einblicke in die Bekämpfung großer Finanzverbrechen in Deutschland und Frankreich“ mit Herrn Jean-François Bohnert, Procureur National Financier, Paris, und Prof. Marc-Philippe Weller, Heidelberg;
- Regards croisés AJFA/DFJ am 8. Juli 2021: „Wirtschaftsmediation in Deutschland und Frankreich“ mit RA Christoph-Martin Radtke, Lyon, und RA Arno-Maria Gotting, Frankfurt am Main;
- Regards croisés AJFA/DFJ am 21. November 2021: „Praxis des UN-Kaufrechts in Deutschland und Frankreich“ mit RA Nicola Kömpf, Paris, und Dr. Fabienne Kutscher-Puis, Düsseldorf;
- DFJ am 2. Dezember 2021: „Welche Berufsaussichten für deutsch-französische Juristinnen und Juristen?“ mit Dr. Arno Maier-Bridou, Frankfurt am Main, RA Carsten Opitz, Luxemburg, Notar Dr. Thomas Raff, Ludwigshafen am Rhein, Avocate

Marie-Avril Roux Steinkühler, Paris/Berlin, Dr. Andrea Schulz, Paris.

Die Webinare fanden guten Anklang. Für die Zukunft können wir uns eine Mischung aus realen Treffen und Webinaren zu bestimmten Themen vorstellen. Wir würden uns über interessante Artikel von Mitgliedern für unsere „Actualités“ freuen, die sich auch gerne bei Organisation künftiger Webinare, Themen und als Referent einbringen können.

TOP 8
Bericht des Schatzmeisters

Der Schatzmeister Dr. Christoph Hirschmann berichtete über die Finanzen der Vereinigung.

Die Coronapandemie hatte sowohl im abgelaufenen wie auch im laufenden Geschäftsjahr erhebliche Auswirkungen auf die finanzielle Lage der DFJ und wird dies auch weiterhin haben. Im ganz Wesentlichen liegt dies an der Absage aller Veranstaltungen. Diese sind weitgehend ein Zuschussgeschäft für unsere Vereinigung. Die Veranstaltungsbeiträge wirken lediglich partiell kostendeckend.

Aufgrund der coronabedingten Absagen der Veranstaltungen bei gleichzeitigem im Wesentlichen gleichbleibendem Beitragsaufkommen hat sich die Finanzlage unserer Vereinigung weiter verbessert. Das ist bittersüß. So haben sich die liquiden Mittel gegenüber 2020 um 27 T€ auf 114 T€ per 31. Dezember 2021 erhöht. Die Einnahmen im Berichtszeitraum betragen 72 T€ (Vorjahr 70 T€), davon entfielen 65 T€ auf Mitgliedsbeiträge, der Rest auf Spenden, Sponsoring- und Anzeigenerlöse sowie die Rückerstattung geleisteter Anzahlungen. Die Ausgaben beliefen sich auf insgesamt 46 T€ (Vorjahr 34 T€), wovon ca. 32 T€ auf die Personal- und Verwaltungskosten und knapp 14 T€ auf die Gewährung von Stipendien, Exzellenzpreise und sonstige Zuwendungen entfielen. Den Stipendienpool haben wir aufgestockt und nunmehr vier statt zwei Exzellenzpreise gesponsert. Die gegenüber 2020 erhöhten Verwaltungskosten waren im Wesentlichen auf die Herstellung und Herausgabe des neuen Mitgliederverzeichnisses, das Webhosting und Ausgaben für Steuerberatung zurückzuführen.

Mit der erreichten guten finanziellen Ausstattung wird die DFJ verantwortungsbewusst umgehen. Für die Verwirklichung unseres Vereinszwecks sehen wir deutlich verbesserte Möglichkeiten: Dieser liegt nicht in der Erwirtschaftung eines möglichst hohen Überschusses und Kassenbestandes, sondern in der Förderung der internationalen, insbesondere der deutsch-französischen Verständigung und des Austausches (§ 2 unserer Satzung). Die wesentlichen Maßnahmen zur Erreichung dieses Zieles sind

- unsere jährlichen Veranstaltungen, mit dem Ziel, noch mehr französische Kolleginnen und Kollegen zu gewinnen,

- Stipendien bzw. Finanzmittelzuschüsse für Studierende und Referendare zu vergeben,
- Exzellenzpreise zu sponsern,
- über Publikationen wie insbes. den Actualités ein möglichst breites interessiertes Publikum anzusprechen und für unser Anliegen zu gewinnen.

Dafür stehen die Mittel bereit.

TOP 9
Bericht des Rechnungsprüfers

Der Rechnungsprüfer Daniel Schreyer hat die Berichte zur Kassenprüfung 2018 und 2019 vorgelegt und Thierry Schwenk hat als Sonderprüfer Berichte über an die German Publishing GmbH gezahlte Vergütungen in 2018 und 2019 sowie die Berichte zur Kassenprüfung 2020 und 2021 vorgelegt.

Da beide nicht anwesend sein konnten, werden die Berichte von Nina Benz vorgestellt. Die durchgeführten Prüfungen ergaben keine Beanstandungen mit Empfehlung der Entlastung des Vorstandes.

TOP 10
Aussprache und Entlastung des Vorstandes für Geschäftsjahre 2018, 2019, 2020 und 2021

Nach Aussprache beantragte Nina Benz die Entlastung des Vorstandes für 2018, 2019, 2020 und 2021. Die Mitgliederversammlung erteilte die beantragten Entlastungen per Handzeichen einstimmig bei Enthaltung der Vorstandsmitglieder.

TOP 11
Wahl des Vorstandes

Mit Inkrafttreten der neuen Satzung 2018 wurde der Vorstand unserer Vereinigung von 12 auf (maximal) 14 Mitglieder erweitert. Durch Satzungsänderung der Mitgliederversammlung 2019 wurde eine Blockwahl ermöglicht, sofern nicht mehr Bewerber vorhanden sind als Vorstandsämter zu besetzen sind.

Mit Einladung zur Mitgliederversammlung vom 19. Februar 2022 erfolgte ein Wahlvorschlag des Vorstands gem. § 8 Abs. 3 der Satzung:

1. BAAB, Dr. Heiner
2. BIEG, Stefanie
3. COSS, Thorsten
4. HIRSCHMANN, Dr. Christoph
5. KETTLER, Dr. Stefan
6. KLOS, Christine
7. KÖMPF, Nicola
8. KUTSCHER-PUIS, Dr. Fabienne
9. MAIER-BRIDOU, Dr. Arno
10. RASS-MASSON, Prof. Dr. Lukas
11. SCHLÜRMANN, Dr. Lucienne
12. SCHLUNCK, Dr. Angelika
13. WEISSER, Herta
14. WELLER, Prof. Dr. Marc-Philippe.

Gemäß Art. 8 Abs. 3 Satz 2 der Vereinssatzung müssen Wahlvorschläge eines Mitglieds spätestens 2 Wochen vor dem Tag der Mitgliederversammlung beim Vorstand eingehen. Weitere Wahlvorschläge liegen nicht vor.

Der Präsident bedankt sich bei den drei bisherigen Mitgliedern Werner Gaus, Rudolf Herrmann und Christian Fischer, die für eine Wiederwahl nicht mehr kandidieren. Die neuen Bewerber Stefanie Bieg, Prof. Dr. Lukas Rass-Masson und Dr. Lucienne Schlürmann stellten sich kurz vor. Anschließend wurde einstimmig Blockwahl beschlossen, die per Handzeichen erfolgte. Die Mitgliederversammlung wählt die genannten Personen laut Wahlvorschlag einstimmig unter Enthaltung der Betroffenen zu Vorstandsmitgliedern. Die gewählten Personen nehmen die Wahl an.

TOP 12
Wahl des Rechnungsprüfers und stv. Rechnungsprüfers (2020-2021 u. 2022-2023)

Thierry Schwenk wird zum Rechnungsprüfer für die Geschäftsjahre 2020-2021 und 2022-2023 per Handzeichen einstimmig mit einer Enthaltung gewählt.

Burkhard Grell wird zum stellvertretenden Rechnungsprüfer für die Geschäftsjahre 2022-2023 per Handzeichen einstimmig gewählt. Beide nehmen die Wahl an.

TOP 13
Verschiedenes

Die nächste Jahrestagung in Strasbourg vom 15.-17. September 2022 wird von Dr. Fabienne Kutscher-Puis und einem Straßburger Team geplant. Für 2023 ist eine Tagung in Toulouse angedacht.

Studierende können sich gerne wieder für Praktika-Stipendien bewerben. Mitglieder dürfen sich gerne für Webinare und unsere „Actualités“ melden. Zum Abschluss bedankte sich Prof. Weller für die gute Arbeit von Frau Jutta Leither im DFJ-Sekretariat.

Prof. Dr. Marc-Philippe Weller
 Präsident

Dr. Heiner Baab
 Vizepräsident

Die neuen Vorstandsmitglieder stellen sich vor

Seit der letzten Mitgliederversammlung in Dresden 2019 sind drei Posten im Vorstand unserer Vereinigung vakant geworden: Herr Rudolf Herrmann, Ltd. Verw. Rat a.D., der unser langjähriger Schatzmeister gewesen ist, ist aus dem aktiven Vorstand in das Kuratorium der Vereinigung gewechselt. Er steht uns weiterhin mit Rat und Tat zur Seite und wird mit Herrn Dr. Heiner Baab die Auswahl der Preisträger der DFH-Exzellenzpreise weiter betreuen. Auch hat sich Herr Christian Fischer, Regierungsdirektor bei der Freien und Hansestadt Hamburg, aus beruflichen Gründen nicht mehr zur Wahl gestellt. Zudem war 2019 Herr Rechtsanwalt Werner Gaus aus dem Vorstand ausgeschieden. Wir bedanken uns an dieser Stelle herzlich bei den ausgeschiedenen Vorstandsmitgliedern für ihren sehr geschätzten Einsatz während ihrer Amtszeit. Zugleich freuen wir uns sehr, Ihnen persönliche Grußworte der drei neuen Vorstandsmitglieder zu übermitteln, die am 19. März

2022 in Frankfurt am Main von den Mitgliedern in den Vorstand gewählt worden sind. Ihnen wünschen wir viel Erfolg im neuen Amt.



Frau Stefanie Bieg - Rechtsanwältin, Fachanwältin für Internationales Wirtschaftsrecht, Stuttgart

Vielen Dank für das Vertrauen und die Wahl zum Vorstandsmitglied. Ich freue mich auf die Aufgaben, die das Amt für mich bereithält.

Nach einem eher holprigen Start in den Französischunterricht (die Note meiner ersten Französisch-Klassenarbeit möchte ich Ihnen und mir ersparen) hatte ich die erste intensivere Begegnung mit Frankreich bei einem Schüleraustausch. Im folgenden Schuljahr habe ich diese Begegnung vertieft und die Begeisterung für Frankreich und die Sprache war geweckt.

Im Anschluss an das Abitur mit dem Leistungskurs Französisch führte mich mein Weg an die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg mit dem neu ins Leben gerufenen Studienprogramm „Deutsch-Französisches Recht“. Nach der Zwischenprüfung und Vorbereitungskursen im französischen Recht studierte ich 3 Semester an der *Université de Rennes 1* (Bretagne) mit Praktika in Straßburg und Kpalimé (Togo). Das Studium habe ich dann mit zwei Abschlüssen beendet: das deutsche erste Staatsexamen und einen französischen Master 2 (*Droit Européen – spécialité juriste franco-allemand*).

Nach dem Referendariat in Stuttgart und Brüssel habe ich in der deutsch-französischen Anwaltskanzlei DS Graner & Partner mbB in Stuttgart meine heutige Tätigkeit als Anwältin (seit 2019 als Fachanwältin für Internationales Wirtschaftsrecht) aufgenommen. In meinem Arbeitsalltag berate ich vor allem Mandanten aus dem Ausland im Wirtschafts- und Arbeitsrecht. Die Mandatsstruktur ist ebenso vielfältig wie die Herkunft der Mandanten und deren Rechtssysteme. Der Schwerpunkt der Tätigkeit liegt jedoch auch weiterhin im deutsch-französischen Bereich. Daher freue ich mich darauf, auch weiterhin durch den fachlichen Austausch neue Impulse und ein tieferes Verständnis des französischen Rechtssystems zu bekommen.



Prof. Dr. Lukas Rass-Masson - Professeur des Universités, Toulouse

Über meine Wahl zum Mitglied im Vorstand der Deutsch-Französischen Juristenvereinigung freue ich mich sehr, genauso wie darauf, 2023 die Jahrestagung in Toulouse ausrichten zu dürfen.

Seit 2017 bin ich Professor an der Universität Toulouse 1 Capitole (*professeur agrégé en droit privé et sciences criminelles, concours 2016-2017*, unter dem Vorsitz von Prof. Dr. Philippe Delebecque).

Dort leite ich seit Juni 2018 (Nachfolge Prof. Dr. Wanda Mastor) die *École européenne de droit de Toulouse*, die die international ausgerichteten Studiengänge, darunter die deutsch-französischen Doppelstudiengänge, trägt. Seit Dezember 2020 bin ich darüber hinaus Prorektor der Universität Toulouse 1 Capitole mit Zuständigkeit für *gouvernance*.

Nach einem bilingualen Abitur an dem Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium Bergisch Gladbach (mit einem Austauschjahr in Dinan) habe ich Rechtswissenschaften an den Universitäten Rennes 1 (*Licence en droit*) und Paris II Panthéon-Assas (*maîtrise, master und doctorat en droit*) studiert. 2015 folgte die Promotion an der Universität Paris II Panthéon-Assas unter der Betreuung von Herrn Prof. Dr. Yves Lequette (über *Les fondements du droit international privé européen de la famille*). Von 2013 bis 2014 hielt ich eine einjährige Vollzeitbeschäftigung als juristischer Mitarbeiter mit Diplomatenstatus (*collaborateur juridique*) beim Ständigen Büro der Haager Konferenz für internationales Privatrecht. 2016 bis 2017 war ich zum *Maître de conférences* an der Universität Paris 1 Panthéon-Sorbonne berufen.

Ich bin mit einer Französin verheiratet, und es ist uns wichtig, unsere drei Kinder zweisprachig und offen für kulturelle Vielfalt und europäische Werte zu erziehen. Nach einem langjährigen Aufenthalt in Brüssel (2006-2017) bietet Toulouse dafür auch einen hervorragenden Rahmen.



Dr. Lucienne Schlürmann, Rechtsreferendarin, Hamburg

Mein Name ist Lucienne Schlürmann und seit Kurzem bin ich Vorstandsmitglied der DFJ. Da ich derzeit mein Rechtsreferendariat in Hamburg absolviere, möchte ich mich im Rahmen der künftigen Vorstandsarbeit im Besonderen auch für unsere Mitglieder in Ausbildung einsetzen.

Zu Frankreich habe ich – neben meinem Namen – schon seit meiner Kindheit und Jugend eine besonders enge Verbindung. Nahezu jede Sommerferien habe ich mit meiner Familie in der Bretagne verbracht und auf diese Weise die französische Sprache, Kulinarik und Lebensart kennen und lieben gelernt.

Zum Jurastudium zog es mich dann gerade wegen der Nähe zu Frankreich und der dort angebotenen Zusatzausbildung im französischen Recht an die Universität Freiburg im Breisgau und schließlich für zwei Auslandssemester nach Lyon.

Als ich mich nach dem Studium für eine Promotion am Institut für ausländisches und internationales Privatrecht in Heidelberg unter Betreuung von Prof. Dr. Marc-Philippe Weller entschied, wurde schnell klar, dass auch hier der Frankreichbezug nicht fehlen durfte.

Drei Jahre lang habe ich mich intensiv mit dem Kollisionsnormen des französischen und deutschen Personen- und Familienrechts, etwa bei der Anerkennung von Namen, Ehen und Abstammungen beschäftigt. Zudem unterrichtete ich mit großer Freude deutsches Verfassungsrecht an der katholischen Universität Lille (Campus Paris) im Rahmen der dortigen „Licence européenne“.

Nach der pandemiebedingten Pause freue ich mich nun auf den lebhaften deutsch-französischen Austausch und die persönlichen Begegnungen mit Ihnen und Euch im Rahmen der Veranstaltungen der DFJ!

Von Generalsekretärin zu Generalsekretär – Lettre à Arno Maier-Bridou

von Dr. Fabienne Kutscher-Puis, Düsseldorf

Cher Arno,

C'est avec grand plaisir mais aussi humilité que je te succède aux fonctions de secrétaire générale de la *Deutsch-Französische Juristenvereinigung*. Ce passage de flambeau, que tu m'as proposé de vive voix en concertation avec le *Vorstand* et dont je te remercie chaleureusement, me donnerait l'occasion de faire un bilan, forcément subjectif, des six années pendant lesquelles tu as occupé ces belles fonctions. Mais en réalité, ce ne sont pas seulement ces six ans qui m'inspirent lorsque je t'écris, mais ce sont des dizaines d'années pendant lesquelles, comme tant de juristes franco-allemands, je t'ai côtoyé dans les rangs de la *Deutsch-Französische Juristenvereinigung* et ce sont ces impressions que j'aimerais partager avec les lecteurs des *Actualités* en publiant cette lettre.

Ton parcours universitaire et professionnel, en premier lieu, impressionne et inspire l'admiration. Après tes études de droit à l'université de Heidelberg, tu t'es inscrit à la Cornell University de Ithaca, New York, pour acquérir le degré universitaire LL.M., à une époque où la délivrance de ce titre par des universités européennes n'était pas encore inflationnaire. Déjà, tu te classais parmi les avocats recherchés par les grands cabinets. Mais, tu ne t'es pas arrêté sur cette expérience anglo-saxonne, qui aurait en elle-même suffi, pour faire carrière en Allemagne. Au retour des États-Unis, tu as décidé de faire une « petite halte » par Paris où tu es resté quatre bonnes années, le temps de faire tes marques en France et d'obtenir ton inscription au barreau de Paris. Et ce n'est qu'alors que tu es revenu en Allemagne, quasiment en tandem avec ton épouse, Nathalie Maier-Bridou. Par ton expérience en cabinet parisien et certainement aussi par des nouveaux liens familiaux avec la France, les jalons étaient posés pour une

belle carrière d'avocat d'affaires international et plus particulièrement franco-allemand, à l'aise en français comme en allemand ou en anglais.

Mais là où pour d'autres s'arrêterait l'histoire, tu as continué en décidant de ne pas songer uniquement à ta carrière et ton succès d'avocat qui t'a mené dans de très belles structures. C'est ainsi que tu t'es engagé très tôt, alors encore étudiant, au sein de la *Deutsch-Französische Juristenvereinigung*. Déjà en tant que simple membre, le devenir de l'association te portait à cœur et de conseils en conseils, tu as intégré le *Vorstand*. Tu as souhaité enrichir les échanges entre juristes de France et d'Allemagne et les diriger dans une voie que tu pensais prometteuse pour nos membres et, partant, pour le bon développement de l'association. Dans ta vision, notre association devait également devenir un réseau professionnel sur lequel nos membres peuvent réellement s'appuyer et aborder des thèmes utiles à leur pratique. Ces buts ont-ils été atteints ? Je te laisse la réponse.

Au-delà des décisions stratégiques qui portent ta signature, ta présence en tant que telle en nos rangs a marqué notre association. En effet, toutes ces années, tu as activement participé à nos rencontres et a même organisé l'inoubliable rencontre de Francfort en 2008 et plus récemment celle de mars 2022. Ayant rejoint l'association très tôt au début de ma vie professionnelle, je peux témoigner combien tu as toujours été abordable vis-à-vis de jeunes qui débutent dans la profession et sont à la recherche de conseils utiles à leur orientation, conseils que tu as toujours donnés avec le pragmatisme et la lucidité qui te caractérisent. Les participants à notre webinaire de décembre 2021 en témoigneront.

Cher Arno, je te sais en plein exercice et te vois en pleine forme. Ton attachement à la *Deutsch-Französische Juristenvereinigung* est sans faille et il est acquis que nous pouvons encore et toujours compter sur toi, pour nous soutenir dans notre action dans l'intérêt des relations juridiques franco-allemandes. N'hésite surtout pas, comme par le passé, à nous dire ton avis, en toute franchise et sans retenue, comme tu l'as toujours fait !

Bien à toi,

Fabienne



Herr Rechtsanwalt und Avocat Dr. Arno Maier-Bridou, LL.M., Partner bei Avocado, Frankfurt am Main, Fachanwalt für Handels- und Gesellschaftsrecht, Fachanwalt für Arbeitsrecht, war Generalsekretär der Deutsch-Französischen Juristenvereinigung von 2016 bis 2022 und ist seit 2000 Mitglied im Vorstand. Frau Rechtsanwältin und Avocate Dr. Fabienne Kutscher-Puis, LL.M., Düsseldorf, Fachanwältin für Internationales Wirtschaftsrecht, ist seine Nachfolgerin.

Neuer Generalsekretär der AJFA



Notre association jumelée, l'AJFA, a également nommé un nouveau Secrétaire Général. Aurélien Raccach succède dans ces fonctions à Thierry Hiblot.

Aurélien Raccach est avocat au Barreau de Paris, spécialisé en droit international et européen, et Maître de conférences à l'Université catholique de Lille. Il est titulaire d'un LL.M en droit européen et d'un doctorat en droit, tous deux obtenus à l'European University Institut (EUI) de Florence en Italie.

Die Exzellenzpreise der Deutsch-Französischen Hochschule 2022

Auch 2022 fand die Verleihung der Exzellenzpreise der Deutsch-Französischen Hochschule unter der Schirmherrschaft des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Frankreich, Dr. Hans-Dieter Lucas, coronabedingt online statt.

Die DFJ beteiligte sich in altbewährter Tradition daran und zeichnete wieder vier Absolventinnen und Absolventen mit einem von der Vereinigung gestifteten Preisgeld aus. Die Liste der Preisträger seit 2005 ist über den Link <https://www.dfh-ufa.org/informationen-fuer/unternehmen/exzellenzpreise/preistraeger-seit-2005> abrufbar.

Träger der von der DFJ gestifteten Exzellenzpreise sind:

Anna Hoberg (D) - Studiengang: Deutsches und französisches Recht (LL.B) / Internationales Privatrecht und europäisches Einheitsrecht (LL.M) - Johannes Gutenberg-Universität Mainz / Université de Bourgogne, Dijon

Thema der Abschlussarbeit: "Die Entstehung des Europäischen Gerichtsstands- und Vollstreckungsübereinkommens vom 27. September 1968 (EuGVÜ)".

Philipp Vollrath (D) - Studiengang: Deutsch-Französisches Recht (Integrierter Studiengang LMU-Paris II) - Ludwig-Maximilians-Universität München / Université Paris 2 – Panthéon Assas

Thema der Abschlussarbeit: "Der Streitbeilegungsmechanismus im CETA-Abkommen".

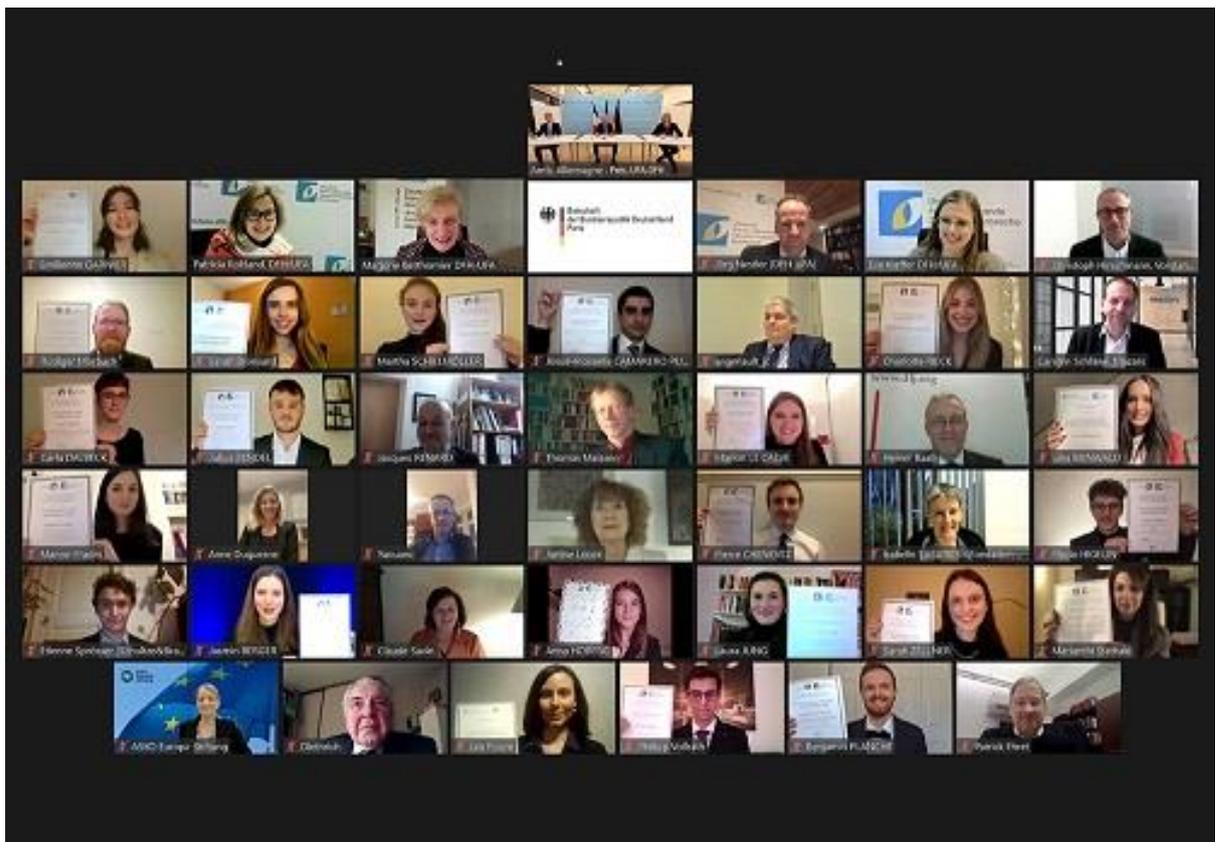
Marion Le Calvé (F) -Studiengang: Rechtswissenschaften - Humboldt-Universität zu Berlin / Université Paris 2 – Panthéon Assas

Thema der Abschlussarbeit: "Folterverbot im Kampf gegen den Terrorismus".

Pierre Chevenz (F) - Studiengang: Europäischer Jurist - Humboldt-Universität zu Berlin / Université Paris 2 – Panthéon Assas / King's College London

Thema der Abschlussarbeit: "Die rechtliche Regulierung von auf Blockchain-basierenden Fundraising-Mechanismen: eine EU-Perspektive".

Die Redaktion der Actualités wird die vier DFJ-Preisträger in unserer nächsten Ausgabe in der gebotenen Länge vorstellen.



■ Praxiswissen

Regards croisés sur certains aspects de la protection des données personnelles dans les relations de travail en France et en Allemagne

von Dr. Maryline Durin, Straßburg, und Dr. Konstanze Brieskorn, Paris/Berlin

Datenschutz spielt im Rahmen des Beschäftigungsverhältnisses eine besondere Rolle, da unzählige personenbezogene Daten preisgegeben und verarbeitet werden und die Vertragsparteien in einem Über-/Unterordnungsverhältnis zueinanderstehen. Die unterschiedlichen rechtlichen und praktischen Ansätze zur Lösung möglicher Konfliktsituationen in Deutschland und Frankreich waren im April 2022 Gegenstand der AJFA/DFJ Reihe „Regards croisés“.

Der nachfolgende Text greift einige Aspekte des Vortrags vom 05. April 2022 auf.

Depuis l'entrée en application du RGPD¹ le 25 mai 2018, la protection des données personnelles fait l'objet d'un cadre juridique uniformisé dans l'Union européenne.

Il serait cependant hâtif d'en conclure que les règles applicables sont les mêmes dans tous les États membres car le RGPD réserve plusieurs marges de manœuvres. Les traitements de données personnelles dans le cadre des relations de travail en sont une illustration.

L'art. 88 par. 1 du RGPD dispose en effet que « *Les États membres peuvent prévoir, par la loi ou au moyen de conventions collectives, des règles plus spécifiques pour assurer la protection des droits et libertés en ce qui concerne le traitement des données à caractère personnel des employés dans le cadre des relations de travail, aux fins, notamment, du recrutement, de l'exécution du contrat de travail, y compris le respect des obligations fixées par la loi ou par des conventions collectives, de la gestion, de la planification et de l'organisation du travail, de l'égalité et de la diversité sur le lieu de travail, de la santé et de la sécurité au travail, de la protection des biens appartenant à l'employeur ou au client, aux fins de l'exercice et de la jouissance des droits et des avantages liés à l'emploi, individuellement ou collectivement, ainsi qu'aux fins de la résiliation de la relation de travail* ».

¹ Règlement (UE) 2016/679 du Parlement européen et du Conseil du 27 avril 2016 relatif à la protection des personnes physiques à l'égard du traitement des données à caractère personnel et à la libre circulation de ces données, et abrogeant la directive 95/46/CE (ci-après « RGPD »).

C'est ainsi que la France et l'Allemagne ont choisi une approche différente pour encadrer ces traitements qui requièrent une vigilance particulière en raison du lien de subordination entre employeurs et leurs salariés.

Les fondements textuels

L'Allemagne a utilisé cette clause d'ouverture pour introduire un article spécial dans la Loi fédérale relative à la protection des données personnelles (*Bundesdatenschutzgesetz* – BDSG). Malgré des demandes et tentatives multiples dans le passé de créer une Loi spéciale relative à la protection des données dans le cadre d'une relation de travail – la dernière tentative émane de la Conférence nationale des délégués fédéraux et régionaux à la protection des données en date du 29 avril 2022² – le droit allemand se contente actuellement de la disposition unique du § 26 qui contient des dispositions spéciales relatives à la protection des données personnelles dans le cadre d'une relation de travail.

La France, en revanche, ne s'est pas dotée d'un texte spécifique. Très attachée à sa loi dite « Informatique et Libertés » du 6 janvier 1978³, la France a fait le choix de conserver cette loi historique qui, mise en conformité avec le cadre imposé par le RGPD, constitue, aujourd'hui encore, le socle applicable en matière de protection des données personnelles. Cette loi protège tout citoyen (quelle que soit la qualité en laquelle il agit) et ne contient pas de dispositions propres aux traitements mis en œuvre dans le cadre d'une relation de travail.

De telles dispositions spécifiques se trouvent en revanche dans le Code du travail, non dans une subdivision particulière mais disséminées dans le contexte de dispositions sectorielles portant sur des questions aussi diverses que le recrutement (cf. ci-après), le bulletin de salaire⁴, le compte personnel de formation⁵, les élections professionnelles⁶, etc.

Un autre texte de grande importance en France est le Référentiel relatif aux traitements de données à caractère personnel mis en œuvre aux fins de gestion du personnel, adopté le 21 novembre 2019 par la CNIL (ci-après « référentiel RH »)⁷. S'il n'est pas contraignant, il contient des préconisations qu'il est recommandé de suivre car la CNIL a souligné que le responsable du traitement, qui choisit de s'en écarter, le fait sous sa propre responsabilité.

² https://datenschutzkonferenz-online.de/media/en/Entschliessung_Forderungen_zum_Beschaefigtendatenschutz.pdf

³ Loi n° 78-17 du 6 janvier 1978 relative à l'informatique, aux fichiers et aux libertés.

⁴ Art. L. 3243-2 du Code du travail.

⁵ Art. R. 6323-8 du Code du travail.

⁶ Art. R. 2122-12 et s. du Code du travail.

⁷ La CNIL (Commission Nationale Informatique et Libertés) est l'autorité de contrôle nationale au sens du RGPD.

Les protagonistes

Dans le cas d'une relation de travail, l'employeur, au titre de son pouvoir de direction, est la personne qui définit les moyens et les finalités du traitement des données personnelles des salariés. L'employeur agit donc en qualité de « responsable du traitement » au sens de l'art. 4 par.7 du RGPD⁸.

Le fait qu'il confie parfois la mise en œuvre des traitements à des prestataires extérieurs ne lui enlève pas cette qualité dès lors qu'il définit les finalités et, au moins, les moyens dits « essentiels » desdits traitement⁹. Ces tierces personnes, qui agissent au nom, pour le compte et sur instructions de l'employeur, sont des « sous-traitants » au sens de l'art. 4 par. 8 du RGPD¹⁰.

Enfin, les salariés, auxquels se rapportent les données personnelles traitées, sont les « personnes concernées » au sens de l'art. 4 par. 1 du RGPD¹¹.

Les fondements juridiques des traitements

En France, la base juridique de ces traitements est à rechercher dans l'art. 6 du RGPD qui liste les six bases juridiques admises pour tout traitement de données personnelles et dont le contenu a été repris dans l'art. 5 de la loi « Informatique et Libertés ».

Dans le contexte des traitements dans le cadre d'une relation de travail, les bases juridiques les plus fréquemment utilisées sont :

- le **contrat ou les mesures précontractuelles** prises à la demande de la personne concernée : Cette base juridique est utilisée pour les traitements nécessaires à la conclusion et à l'exécution du contrat de travail.
- l'**intérêt légitime** poursuivi par l'employeur : Cette base juridique est utilisée dans les situations où l'employeur n'a pas identifié une autre base juridique appropriée et où il a évalué

8 Art. 4 par. 7 du RGPD : « responsable du traitement », la personne physique ou morale, l'autorité publique, le service ou un autre organisme qui, seul ou conjointement avec d'autres, détermine les finalités et les moyens du traitement; lorsque les finalités et les moyens de ce traitement sont déterminés par le droit de l'Union ou le droit d'un État membre, le responsable du traitement peut être désigné ou les critères spécifiques applicables à sa désignation peuvent être prévus par le droit de l'Union ou par le droit d'un État membre.

9 Sur cette notion de « moyens essentiels », voir Lignes directrices 07/2020 concernant les notions de responsable du traitement et de sous-traitant dans le RGPD (Version 2.0), adoptées le 7 juillet 2021 par le Comité Européen de la Protection des Données (ci-après « CEPD »), § 40.

10 Art. 4 par. 8 du RGPD : « sous-traitant », la personne physique ou morale, l'autorité publique, le service ou un autre organisme qui traite des données à caractère personnel pour le compte du responsable du traitement.

11 Art. 4 par. 1 du RGPD : « données à caractère personnel », toute information se rapportant à une personne physique identifiée ou identifiable (ci-après dénommée « personne concernée »); est réputée être une « personne physique identifiable » une personne physique qui peut être identifiée, directement ou indirectement, notamment par référence à un identifiant, tel qu'un nom, un numéro d'identification, des données de localisation, un identifiant en ligne, ou à un ou plusieurs éléments spécifiques propres à son identité physique, physiologique, génétique, psychique, économique, culturelle ou social.

que son intérêt (qui doit être spécifié – par ex. assurer la protection des biens ou des personnes) prévaut sur les intérêts ou les libertés et droits fondamentaux des salariés concernés.

- le **respect d'une obligation légale** à laquelle l'employeur est soumis.

En revanche, la CNIL considère que le **consentement** de la personne concernée, autre base légale envisagée par le RGPD, ne peut pas, dans la plupart des cas, être utilisé. Du fait du lien de subordination entre employeur et salarié, le consentement, donné par ce dernier, sera rarement jugé conforme au RGPD – faute de pouvoir être considéré comme ayant été librement donné¹².

Si le droit français se base sur les finalités définies par le RGPD, le § 26 BDSG sort du cadre posé par le RGPD et permet le traitement des données personnelles à des **fins liées à la relation de travail** (§ 26 al. 1 et 4) qui sont :

- la décision de conclure ou non un contrat de travail,
- l'exécution ou la résiliation d'une relation de travail,
- l'exécution des fonctions des instances représentatives des salariés, résultant d'une loi, d'une convention collective ou d'une convention d'entreprise, et
- la détection d'un délit pénal.

Le traitement peut également reposer sur le **consentement** du salarié (§ 26 al. 2 BDSG), pourvu que ce consentement puisse être considéré comme étant donné librement compte tenu de la relation de subordination qui constitue un contrat de travail et des circonstances particulières de l'espèce. Dans sa résolution du 29 avril 2022, la Conférence nationale des délégués fédéraux et régionaux demande au législateur de préciser les conditions de la licéité (ou illicéité) d'un tel consentement.¹³

Focus sur certains traitements

Si des traitements des données personnelles ont également lieu dans les relations collectives de travail, une attention particulière doit être portée aux traitements dans le cadre des relations individuelles de travail, à l'occasion du recrutement **(I)** puis lors de l'exécution d'un contrat de travail **(II)**.

12 Art. 4 par. 11 du RGPD : « consentement » de la personne concernée, toute manifestation de volonté, libre, spécifique, éclairée et univoque par laquelle la personne concernée accepte, par une déclaration ou par un acte positif clair, que des données à caractère personnel la concernant fassent l'objet d'un traitement.

13 V. supra, note 2.

I. Focus sur certains traitements mis en œuvre à l'occasion de la naissance de la relation de travail

A. Les traitements mis en œuvre lors du recrutement

1. Les règles applicables aux catégories de données personnelles susceptibles d'être collectées

a. En France

S'il est légitime qu'un employeur, qui recherche un nouveau salarié, souhaite se renseigner sur les candidats potentiels ou déclarés, jusqu'où peut aller sa curiosité **(A)** ? Puis, une fois le poste pourvu, peut-il conserver les données personnelles collectées sur des candidats non retenus **(B)** ?

Lors du recrutement, un employeur doit s'interroger sur le type d'informations qu'il peut collecter sur des candidats **(1)** et s'il peut les rechercher sur Internet **(2)**.

L'art. 4 de la loi « Informatique et Libertés », sur le modèle de l'art. 5 du RGPD, dispose, à titre de principe essentiel, que « *les données à caractère personnel doivent être [...] 3° adéquates, pertinentes et, au regard des finalités pour lesquelles elles sont traitées, limitées à ce qui est nécessaire* » (principe de minimisation des données).

L'art. L. 1221-6 du Code du travail prévoit qu'un traitement de données personnelles aux fins de recrutement ne peut poursuivre que deux finalités : apprécier la capacité de la personne à occuper l'emploi proposé et / ou ses aptitudes professionnelles¹⁴.

C'est pourquoi la CNIL rappelle, dans son référentiel RH, que « *les informations pouvant être demandées à un candidat à l'embauche, doivent présenter un lien direct avec l'appréciation de ses qualités et compétences professionnelles, et ne doivent donc pas porter sur la composition de sa famille, sur des informations relatives à ses proches, etc.* ».

Dans son projet de Guide « Recrutement », publié dans une version soumise à consultation publique de septembre à novembre 2021¹⁵, la CNIL précise que les informations suivantes peuvent être collectées : « *identité du candidat (nom, prénom) ; ses expériences professionnelles (p. ex. : stages, périodes de volontariat international en entreprise, emplois occupés) ; sa formation (p. ex. : diplômes, certifications etc.) ; l'évaluation de ses aptitudes et compétences (p. ex. : les résultats des tests de connaissances, de logique, de personnalité, etc.)* ». La CNIL ajoute que la collecte du numéro de sécurité sociale (NIR) d'un candidat est interdite et que « *sauf situations très exceptionnelles, il [...] est également interdit de collecter et de conserver des données sensibles, c'est-à-dire des informations qui, directement ou indirectement, font apparaître la prétendue origine raciale ou ethnique, les opinions politiques, philosophiques ou religieuses ou les appartenances syndicales, les informations relatives à la santé ou à la vie sexuelle du candidat* ». En effet, « *même l'accord exprès*

14 Art. 1226-1 du Code du travail : « Les informations demandées, sous quelque forme que ce soit, au candidat à un emploi ne peuvent avoir comme finalité que d'apprécier sa capacité à occuper l'emploi proposé ou ses aptitudes professionnelles.

Ces informations doivent présenter un lien direct et nécessaire avec l'emploi proposé ou avec l'évaluation des aptitudes professionnelles. »

15 La version finale n'a, à notre connaissance, pas encore été publiée.

du candidat ne saurait, à lui seul, justifier la collecte de telles données (sensibles) dès lors que ces dernières sont dépourvues de lien direct et nécessaire avec l'emploi proposé ».

b. En Allemagne

Le § 26 BDSG étend son champ d'application personnel aux candidats à un poste (§ 26 al. 8 phr. 2 BDSG). Leurs données sont donc protégées de la même manière que celles des salariés. En revanche, il n'existe pas de disposition spécifique au traitement des données personnelles dans le cadre d'une embauche, la finalité de traitement en vue d'une décision d'embauche étant parmi les finalités énumérées au § 26 BDSG.

Là encore, la Conférence nationale des délégués fédéraux et régionaux demande au législateur de préciser les règles du traitement de données personnelles dans le cadre du processus de recrutement.¹⁶

2. La collecte des données disponibles sur Internet

Réseaux sociaux, blogs, etc., l'Internet regorge d'informations de toutes natures accessibles aisément et gratuitement. Un employeur peut-il les collecter tout aussi librement à des fins de recrutement ?

La réponse doit être nuancée dans la mesure où, par principe, la collecte d'une donnée personnelle, même rendue accessible sur Internet à l'initiative de la personne concernée, reste soumise au cadre juridique strict applicable à tout traitement de telles données.

a. En France

L'art. 4 de la loi « Informatique et Libertés » dispose que « *les données à caractère personnel doivent être [...] 1° traitées de manière licite, loyale et, pour les traitements relevant du titre II, transparente au regard de la personne concernée* ».

Quant au Code du travail, il dispose :

- que « *le candidat à un emploi est expressément informé, préalablement à leur mise en œuvre, des méthodes et techniques d'aide au recrutement utilisées à son égard* » (art. L.1221-8),
- et qu'« *aucune information concernant personnellement un candidat à un emploi ne peut être collectée par un dispositif qui n'a pas été porté préalablement à sa connaissance* » (art. L.1221-9).

Ces principes de loyauté et de transparence doivent guider l'employeur en particulier au moment de la collecte des données sur un candidat.

Dans son projet de Guide « Recrutement », la CNIL consacre une Fiche n° 14 à la question de savoir si un recruteur peut recourir aux données disponibles sur Internet. La CNIL indique que si la réponse est oui par principe, le responsable du traitement doit

- respecter le Code du travail, le droit au respect de la vie privée du candidat et les éventuelles règles d'utilisation imposées par

¹⁶ V. supra, note 2.

les sites Internet visités (« le respect ou la violation de ces règles pourront être pris en compte lors de l'appréciation de la licéité du traitement »),

- ne pas oublier qu'« en application de l'art. L. 1221-6 du code du travail, la consultation de données publiquement accessibles par le recruteur ne peut avoir pour finalité que d'apprécier la capacité du candidat à occuper l'emploi proposé ou ses aptitudes professionnelles. Pour s'assurer de la conformité de leur démarche, les acteurs concernés doivent donc mener une réflexion sur la manière dont la consultation des réseaux sociaux et autres sources ouvertes peut être intégrée dans le processus de recrutement, et particulièrement s'assurer de leur pertinence par rapport à cette finalité : quelles sources consulter ? quelles données en extraire ? comment identifier les finalités du traitement initial ? etc. », et
- et ne pas oublier non plus qu'une telle collecte est une collecte indirecte soumise au droit d'information individuel de chaque personne concernée, prévu à l'art. 14 du RGPD, sauf si l'employeur prouve être dans un cas où ce droit ne s'applique pas (ex. : la fourniture des informations se révèle impossible ou exigerait des efforts disproportionnés. Mais, même dans ce cas, la CNIL rappelle que l'employeur doit prendre « des mesures appropriées pour protéger les droits et libertés ainsi que les intérêts légitimes de la personne concernée, y compris en rendant les informations publiquement disponibles »).

b. En Allemagne

En l'absence d'autorité de contrôle centrale, les publications des Offices et des Délégués régionaux à la protection des données, ainsi que de la Conférence nationale des délégués fédéraux et régionaux, sont d'une importance majeure pour connaître l'interprétation et l'application des dispositions légales par ces autorités de contrôle.

La pratique est similaire à celle en France et consiste à distinguer les données relatives à la vie professionnelle du candidat des données relevant de sa vie privée. Ainsi, le rapport annuel publié par l'Office régional de la Bavière sur l'année 2019¹⁷ souligne le fait que des données publiées sur Internet dans des réseaux professionnels, tels que XING ou LinkedIn, traitées dans le cadre d'un processus de recrutement, tandis que des données issues de réseaux privés, tels que Facebook ou Instagram, concernent la sphère privée du candidat et ne pourront donc pas être utilisées.

B. La conservation des données personnelles

Une fois le recrutement terminé, la question se pose pour un employeur de savoir s'il peut conserver les données personnelles de candidats non retenus. Ceci peut notamment être intéressant si le profil du

¹⁷ https://www.lda.bayern.de/media/baylda_report_09.pdf

des candidats non retenus
a. En France

candidat a plu mais que l'embauche n'a pas eu lieu pour quelque raison que ce soit.

L'art. 4 de la loi « Informatique et Libertés » dispose que « *les données à caractère personnel doivent être [...] 5° conservées sous une forme permettant l'identification des personnes concernées pendant une durée n'excédant pas celle nécessaire au regard des finalités pour lesquelles elles sont traitées* ».

Dans le contexte de données personnelles collectées et traitées à des fins de recrutement, la finalité poursuivie par le responsable du traitement est atteinte dès que le poste est pourvu. Aussi, une fois le recrutement terminé, les données se rapportant à des candidats non retenus doivent être en principe soit supprimées (définitivement et de tous supports), soit anonymisées de telle sorte à ce qu'elles ne permettent plus (de manière irrévocable) l'identification des personnes auxquelles elles se rapportent.

Ce principe connaît toutefois des exceptions.

Raisonnant en termes de « cycles de vie »¹⁸, la CNIL distingue entre :

- un 1^{er} cycle au cours duquel les données sont conservées dans « la base active » du responsable du traitement (c'est-à-dire dans « *dans son environnement de travail immédiat* »),
- auquel peut succéder (mais pas systématiquement) un 2nd cycle au cours duquel les données sont conservées dans une base d'archivage dite « intermédiaire », séparée de la base active et à accès restreints.

Il s'agit, pour ce 2nd cycle, de cas particuliers dans lesquels, bien que l'objectif défini par le responsable du traitement a été atteint, la conservation des données au-delà de ce terme est soit imposée par une disposition réglementaire ou légale à laquelle il est soumis (délai de conservation légal), soit nécessaire pour lui permettre d'exercer ou de défendre ses droits en justice (délai de prescription légal).

Dans son projet de Guide « Recrutement », la CNIL préconise les principales solutions suivantes :

- Pour la conservation des données en « base active » :

Une fois le recrutement terminé, une conservation des données dans la base active est interdite car elle contreviendrait au principe de la limitation de la durée de conservation des données posé par le RGPD et repris dans la loi française.

Une exception est cependant envisageable à de strictes conditions :

¹⁸ Voir le Guide pratique de la CNIL sur les durées de conservation, version juillet 2020.

- la conservation des données ne peut avoir que pour seule finalité « *de recontacter le candidat en cas de nouvelles opportunités ou d'alimenter une base de données du type 'vivier de candidats'* »,
 - elle ne peut avoir pour base légale que le consentement du candidat concerné, recueilli dans le respect des dispositions du RGPD,
 - et elle ne peut avoir lieu que « *pour une durée raisonnable qui devra être fixée en considération du type de poste concerné et au maximum pour une durée de deux ans à compter du dernier contact avec le candidat non retenu* ».
- Pour la conservation des données en « base d'archivage intermédiaire » :

Une fois le recrutement terminé, l'employeur peut décider de transférer les données des candidats non retenus dans une base d'archivage intermédiaire à des fins probatoires exclusivement (par ex. pour se défendre en cas d'actions en justice fondées sur une éventuelle discrimination à l'embauche).

La CNIL précise que la durée de conservation dans cette base ne doit pas excéder cinq ans (délai de prescription légal – voir art. L. 1134-5 du Code du travail).

b. En Allemagne

Selon le § 26 I BDSG, les données d'un candidat non retenu dans le cadre d'un *vivier de candidats* ne peuvent pas être sauvegardées au motif d'une procédure concrète d'embauche¹⁹. Pour pouvoir conserver ces données, il faut donc obtenir le consentement préalable du candidat ; afin que ce consentement soit librement donné, il paraît prudent de demander ce consentement seulement à la fin du processus de recrutement, autrement le candidat pourrait se sentir obligé de consentir pour augmenter ses chances d'être recruté.

Il faut être d'autant plus prudent dans le cas d'un vivier inter-entreprise ; là aussi, le traitement des données de candidats (internes) requiert leur consentement, mais il faut s'assurer qu'un salarié ne se sente pas sous pression de donner son consentement.

L'utilisation d'un logiciel pour gérer ce vivier constitue une mesure technique qui nécessite le concours du Comité d'entreprise (§ 87 al. 1 n° 6 de la Loi relative à la constitution des entreprises (*Betriebsverfassungsgesetz* – BetrVG). Il est en outre recommandé de demander au candidat de réitérer son consentement à intervalles réguliers.

¹⁹ V. à ce sujet l'arrêt de la Cour fédérale du travail (BAG) du 6 juin 1984, 5 AZR 286/81, interdisant la conservation d'un questionnaire rempli par un candidat à des fins de prise de contact ultérieure.

II. Focus sur certains traitements mis en œuvre à l'occasion de l'exécution de la relation de travail

L'exécution d'un contrat de travail implique la mise en œuvre de nombreux traitements de données personnelles se rapportant aux salariés. Une grande partie de ces traitements est constituée de traitements courants, considérés sans ou à faible risque pour les salariés concernés²⁰.

D'autres traitements, en revanche, sont plus intrusifs et donc potentiellement plus à risques, en raison des moyens particuliers utilisés pour leur mise en œuvre et / ou des données particulières (données dites « sensibles »²¹) qui sont traitées.

Le télétravail offre une illustration de ces traitements plus intrusifs notamment par « l'inventivité » des moyens parfois mis en œuvre par les employeurs pour contrôler la réalité du travail exécuté par leurs salariés. Dans une communication publiée le 15 février 2022 sur son site Internet, la CNIL a d'ailleurs déclaré que les outils de surveillance dans le cadre du télétravail seront l'une des thématiques prioritaires de contrôles pour 2022.

Le sujet est délicat car il s'agit de concilier le droit de surveillance de l'employeur et le respect des droits et libertés individuelles du salarié **(A)**. La mise en place, à l'initiative de l'employeur, de moyens de contrôle des salariés ne peut ainsi se faire que dans le respect de strictes règles, et ce, que le travail soit exécuté à distance ou dans les locaux de l'entreprise **(B)**.

A. La nécessaire conciliation entre droit de surveillance de l'employeur et respect des droits et libertés individuelles du salarié

Tout employeur dispose d'un droit de surveillance sur ses salariés. Ce droit trouve son origine dans le lien de subordination qui existe entre un employeur et son salarié et donne le droit au premier de s'assurer de l'exécution par le second de la prestation de travail convenue.

La mise en œuvre de ce droit ne peut cependant se faire que dans le respect des droits et libertés individuelles du salarié.

a. En France

L'art. 9 du Code civil consacre le droit de chacun au respect de sa vie privée. Ce droit existe quel que soit le cadre dans lequel la personne physique évolue et donc également dans le cadre d'une relation de travail. Dans le prolongement de ce texte, l'art. L.1121-1 du Code du travail dispose que « *nul ne peut apporter aux droits des personnes et aux libertés individuelles et collectives de restrictions qui ne seraient pas justifiées par la nature de la tâche à accomplir ni proportionnées au but recherché* ». Un traitement de données personnelles aux fins de contrôle

20 Ex. : les traitements aux fins de gestion de la paie, de tenue du registre unique du personnel, de l'action sociale.

21 Il s'agit des données qui « *révèle[nt] l'origine raciale ou ethnique, les opinions politiques, les convictions religieuses ou philosophiques ou l'appartenance syndicale, ainsi que le traitement des données génétiques, des données biométriques aux fins d'identifier une personne physique de manière unique, des données concernant la santé ou des données concernant la vie sexuelle ou l'orientation sexuelle d'une personne physique* » (art. 9 du RGPD), et des données « *relatives aux condamnations pénales et aux infractions ou aux mesures de sûreté connexes* » (art. 10 du RGPD).

des salariés sera donc licite à condition (entre autres) de respecter une exigence de proportionnalité par rapport au but poursuivi par la surveillance mise en place.

Cette exigence a été rappelée par la CNIL en particulier dans le contexte du télétravail : « *si l'employeur peut contrôler l'activité de ses salariés, il ne peut les placer sous surveillance permanente, sauf dans des cas exceptionnels dûment justifiés au regard de la nature de la tâche* »²².

La CNIL estime ainsi **incompatibles** avec ce principe :

- « *la surveillance constante au moyen de dispositifs vidéo (tels qu'une webcam) ou audio* » car « *un tel système place les salariés sous surveillance permanente: il ne peut être mis en œuvre qu'il s'agisse de poursuivre un objectif de sécurité ou un objectif de surveillance du temps de travail.* »
- « *le partage permanent de l'écran et/ou l'utilisation de « keyloggers » (logiciels qui permettent d'enregistrer l'ensemble des frappes au clavier effectuées par une personne sur un ordinateur). De tels procédés sont particulièrement invasifs et s'analysent en une surveillance permanente et disproportionnée des activités des employés.* »
- « *L'obligation pour le salarié d'effectuer très régulièrement des actions pour démontrer sa présence derrière son écran comme cliquer toutes les X minutes sur une application ou prendre des photos à intervalles réguliers.* »

En outre, le Code du travail impose à l'employeur des obligations particulières de transparence lorsque le traitement envisagé permet de contrôler les salariés :

Une obligation d'information et de consultation préalable des instances représentatives du personnel :

L'art. L. 2312-37 du Code du travail dispose que « *le comité social et économique [CSE] est consulté [...] dans les cas suivants : 1° Mise en œuvre des moyens de contrôle de l'activité des salariés* ». Quant à l'art. L. 2312-38 du Code du travail, il précise que le CSE « *est informé et consulté, préalablement à la décision de mise en œuvre dans l'entreprise, sur les moyens ou les techniques permettant un contrôle de l'activité des salariés* ». Il s'agit là d'une formalité « *substantielle* »²³ dont le non-respect fait encourir à l'employeur diverses sanctions dont une sanction pénale pour « *délit d'entrave* » puni d'une peine d'amende (art. L. 2317-1 du Code du travail).

²² CNIL, Les questions-réponses de la CNIL sur le télétravail, 8 septembre 2021.

²³ Voir par ex. Cour de cassation, ch. sociale, 11 décembre 2019, n° 18-11.792.

Une obligation d'information préalable du salarié concerné :

L'art. L.1222-4 du Code du travail prévoit qu'« aucune information concernant personnellement un salarié ne peut être collectée par un dispositif qui n'a pas été porté préalablement à sa connaissance ».

b. En Allemagne

Le droit allemand impose la recherche d'un équilibre entre le droit du salarié à la protection de sa vie privée et de sa personnalité (art. 2 de la Loi fondamentale) et le droit de l'employeur à sécuriser le bon déroulement de l'exécution du contrat de travail. Ainsi, des contrôles peuvent être permis, même sous forme de vidéosurveillance, à condition que cette surveillance ne touche pas à la vie privée d'un salarié et qu'il ait donné son accord.

C'est dans ce sens que le Tribunal de travail de Heilbronn a récemment jugé²⁴ que le traitement de données de déplacement (GPS), recueillies via un boîtier télématique dans un véhicule de fonction d'un VRP était illicite pour faute de consentement du salarié.

La Commission nationale des délégués fédéraux et régionaux demande au législateur de préciser également les règles applicables au contrôle des salariés dans les situations diverses évoquées.²⁵

B. La soumission du droit de surveillance de l'employeur au cadre juridique général institué par le RGPD

En sa qualité de responsable du traitement, l'employeur doit respecter toutes les obligations mises à la charge des responsables du traitement par le RGPD, dont les obligations de transparence et d'information des salariés concernés prévues aux art. 12 à 14 du RGPD.

Par ailleurs, bien que la mise en place d'un dispositif de contrôle des salariés présente un fort caractère intrusif, il ne requiert pas systématiquement la réalisation préalable, par l'employeur, d'une analyse d'impact relative à la protection des données. Une telle analyse est obligatoire « lorsqu'un type de traitement, en particulier par le recours à de nouvelles technologies, et compte tenu de la nature, de la portée, du contexte et des finalités du traitement, est susceptible d'engendrer un risque élevé pour les droits et libertés des personnes physiques » (art. 35 du RGPD).

S'agissant de la France, la CNIL a, en application de l'art. 35 par. 4 et 5 du RGPD, établi

- une liste des types d'opérations de traitement pour lesquelles une analyse d'impact relative à la protection des données est requise (Délibération n° 2018-327 du 11 octobre 2018),
- et une liste des types opérations de traitement pour lesquelles une analyse d'impact relative à la protection des données n'est pas requise (Délibération n° 2019-118 du 1^{er} septembre 2019)

²⁴ Jugement du 30 janvier 2019, 2 Ca 360/18.

²⁵ V. supra, note 2.

avec des illustrations fournies dans des documents complémentaires²⁶.

Il en ressort qu'une analyse d'impact n'est pas requise pour les traitements mis en œuvre aux seules fins de gestion des contrôles d'accès physiques et des horaires pour le calcul du temps de travail à la condition qu'ils ne soient pas réalisés au moyen d'un dispositif biométrique, et qu'ils ne révèlent pas des données sensibles ou à caractère « hautement personnel »²⁷. Comme exemple, citons les traitements ayant pour finalité la mise en place d'un dispositif par badge sans biométrie pour entrer dans les locaux d'un organisme à des fins de sécurité, ou la mise en place d'un dispositif de contrôle du temps de travail effectué par les salariés, à l'exclusion de toute autre finalité.

Il en ressort également qu'une analyse d'impact est en revanche requise pour les traitements ayant pour finalité de surveiller de manière constante l'activité des salariés concernés. Ceci concerne par exemple les traitements ayant pour finalité la mise en place

- de dispositifs de cyber surveillance tels que ceux procédant à une analyse des flux de courriels sortants afin de détecter d'éventuelles fuites d'information,
- de dispositif de vidéosurveillance portant sur les employés manipulant de l'argent ou sur un entrepôt stockant des biens de valeur au sein duquel travaillent des manutentionnaires.

De même, une analyse d'impact est également requise pour les traitements de données biométriques²⁸ aux fins d'identifier une personne physique de manière unique lorsque cette personne est considérée comme « vulnérable » – ce qui est le cas (entre autres) des salariés en raison du lien de subordination avec leur employeur.

La CNIL a également adopté un règlement type (qui est un texte ayant force contraignante) relatif à la mise en œuvre de dispositifs ayant pour finalité le contrôle d'accès par authentification biométrique aux locaux, aux appareils et aux applications informatiques sur les lieux de travail (Délibération n° 2019-001 du 10 janvier 2019). En application de ce texte, l'employeur doit (notamment) « démontrer la nécessité de recourir à un traitement de données biométriques, en indiquant les raisons pour lesquelles le recours à d'autres dispositifs d'identification (badges,

26 <https://www.cnil.fr/sites/default/files/atoms/files/liste-traitements-aipd-requise.pdf> et <https://www.cnil.fr/sites/default/files/atoms/files/liste-traitements-aipd-non-requise.pdf>.

27 La CNIL entend par-là : « les données relatives à des communications électroniques, données de localisation, données financières, etc. ».

28 Art. 4 par. 14 du RGPD : « données biométriques », les données à caractère personnel résultant d'un traitement technique spécifique, relatives aux caractéristiques physiques, physiologiques ou comportementales d'une personne physique, qui permettent ou confirment son identification unique, telles que des images faciales ou des données dactyloscopiques ».

mots de passe, etc.) ou mesures organisationnelles et techniques de protection ne permet pas d'atteindre le niveau de sécurité exigé ».

S'agissant de l'Allemagne, la Conférence nationale des Délégués nationaux et régionaux à la protection des données a publié un manuel d'aide pour savoir si oui ou non un certain traitement nécessite une analyse d'impact préalable, ainsi qu'une liste des traitements nécessitant une telle analyse, conformément à l'art. 35 IV du RGPD.²⁹ En cas de traitement de données GPS ou encore de données biométriques, une telle analyse est obligatoire. Ainsi, le contrôle d'accès à un bâtiment au moyen d'empreinte nécessite une analyse préalable, et il est à noter qu'en 2020, le Délégué de la Bavière a jugé ce dispositif technique comme non nécessaire, et donc illicite, pour contrôler l'accès, en raison de multiples autres moyens de contrôler et de sécuriser l'accès.³⁰

Pour aller plus loin

Si la protection du salarié et de ses données personnelles dans le cadre d'une relation individuelle de travail fait l'objet d'une attention particulière en raison du lien de subordination existant entre le salarié et son employeur, il ne faut pas oublier que le salarié est parfois lui-même amené à traiter des données personnelles dans le cadre de l'exécution de son contrat de travail. La question se pose alors de savoir qui est le Responsable du traitement pour ces traitements mis en œuvre par le salarié.

Si le salarié agit dans le respect et les limites des instructions qui lui sont données par l'employeur, il est acquis que c'est l'employeur qui a cette qualité – le salarié étant alors qualifié de « personne placée sous l'autorité directe du responsable du traitement » au sens de l'art. 29 du RGPD. En revanche, s'il ne respecte pas les instructions reçues, le salarié prend le risque (avec toutes les conséquences lourdes que cela implique) de se voir qualifier de responsable du traitement pour les traitements effectués en violation de ces instructions.

De même, une question similaire se pose dans le cadre du traitement des données personnelles par les membres des instances représentatives du personnel dans l'exercice de leurs fonctions.

En **France**, le Comité Social et Economique (CSE) est amené à traiter des données personnelles, lorsqu'il agit dans le cadre de ses compétences et de ses attributions, dans le cadre de la gestion des activités sociales et culturelles (ASC), dans le cadre d'actions de communication à destination des salariés, dans le cadre de ses prérogatives économiques et professionnelles (ex. suivi des réclamations ou des enquêtes) ou encore dans le cadre de la gestion de ses propres salariés.

²⁹ https://www.datenschutzkonferenz-online.de/media/ah/20181017_ah_DSK_DSFA_Muss-Liste_Version_1.1_Deutsch.pdf

³⁰ https://www.lida.bayern.de/media/baylda_report_10.pdf

Lorsqu'il agit dans ce cadre, le CSE est considéré agir en qualité de Responsable du traitement (qu'il ait la personnalité juridique ou non).

En **Allemagne**, en revanche, le § 79a BetrVG considère que l'employeur doit être considéré comme Responsable du traitement pour autant que le Comité d'entreprise traite des données personnelles dans le cadre de ses compétences et prérogatives.



Maryline Durin, Docteur en droit, est Avocate au Barreau de Strasbourg au cabinet ANELITIS à Strasbourg. Ses domaines d'activités dominantes sont le droit des contrats, le droit du commerce électronique, la protection des données personnelles. Elle est chargée d'enseignement en « Commerce électronique » et en « Protection des données personnelles » dans le Master 2 Professionnel « Droit de l'Internet et des Systèmes d'Information » de la Faculté de droit de l'Université de Strasbourg.



Konstanze Brieskorn, Docteur en droit, est Avocate au Barreau de Berlin au cabinet hw&h Hertslet Wolfer & Heintz Avocats & Rechtsanwälte à Paris. Ses domaines d'activité sont le droit du travail et le droit des affaires dans les relations franco-allemandes.

Elle est membre du comité de rédaction des Actualités.

Klimaklagen gegen Unternehmen – eine rechtsvergleichende Betrachtung zum Anlass der Frühjahrstagung der DFJ

von Caroline Cohen, Frankfurt am Main

Die diesjährige Frühjahrstagung der DFJ, die am 19. März 2022 im schönen Ambiente der Villa Bonn in der Siesmayerstraße im Frankfurter Westend endlich wieder in Präsenz stattfinden konnte, stand ganz im Zeichen des Klimaschutzes. Die Vortragenden beschäftigten sich mit der Frage, ob Unternehmen, die für den Ausstoß großer Mengen CO₂ verantwortlich sind, effektiv gerichtlich dazu verpflichtet werden können, ihre Emissionen zu reduzieren.

So gab zuerst unser Präsident, Herr Professor Dr. Marc-Philippe Weller, einen Überblick über die Klimaklage gegen das Unternehmen Shell und die Initiativen der deutschen Umwelthilfe, sein Kollege und Vorstandsmitglied, Professor Dr. Lukas Rass-Masson aus Toulouse, beleuchtete den Themenkomplex aus französischer Sicht. Anschließend bestand Gelegenheit zur Diskussion über die Vorträge, hierbei wurde insbesondere die Effektivität der Urteile in den erwähnten Klimaverfahren hinterfragt. Gleichzeitig waren sich aber alle Teilnehmenden einig, dass

Klimaklagen gegen Shell, Mercedes, BMW & Co. als Instrument der Ecological Social Governance

durch die erfolgreichen Klimaklagen und die dadurch generierte Aufmerksamkeit Druck auf Unternehmen ausgeübt wird, die viel CO₂ ausstoßen. Die Urteile können also einen strategischen Wert bei der Klimawandelbekämpfung haben.

Einleitend erklärte Professor Weller, was man unter dem Begriff „Klimaklagen“ eigentlich versteht. Es handele sich um sog. CO₂-Klagen, die zum Ziel hätten, die beklagten Unternehmen zu einer Reduktion der CO₂-Emissionen zu bewegen. In Deutschland hat beispielsweise die Deutsche Umwelthilfe gegen die Automobil-Hersteller BMW und Mercedes Klage eingereicht und beantragt, dass sie die Herstellung von Fahrzeugen mit Benzin- und Dieselmotoren bis 2030 einstellen und ab dann nur noch Elektroautos produzieren.

Während in Deutschland noch auf ein Urteil in einem dieser spektakulären Verfahren gewartet wird, hat das Bezirksgericht Den Haag bereits letztes Jahr einen Meilenstein gesetzt (*Milieudéfensie u. a. gegen Royal Dutch Shell*, Urteil vom 26. Mai 2021, Az. C/09/571932 / HA ZA 19-379). Es verurteilte den fossilen Riesen Shell dazu, den Ausstoß von CO₂ bis 2030 um 45% im Vergleich zu 2019 zu reduzieren. Hierbei sind nicht nur die *Scope 1*-Emissionen, sondern auch die *Scope 2*- und *Scope 3*-Emissionen umfasst. Unter *Scope 1*-Emissionen versteht man die Emissionen der beklagten Gesellschaft selbst und ihrer Tochter- und Enkelgesellschaften etc. *Scope 2*-Emissionen entstehen bei der Erzeugung von Energie, die von außerhalb bezogen wird. Den größten Teil machen allerdings die *Scope 3*-Emissionen aus; darunter werden sämtliche übrigen Emissionen gefasst, die durch die Unternehmenstätigkeit verursacht werden, aber nicht unter der Kontrolle des Unternehmens stehen, zum Beispiel bei der Rohstoffgewinnung und Industrieproduktion, aber auch auf Dienstreisen, dem Weg der Arbeitnehmer zur Arbeit oder Emissionen, die aus den Produkten entstehen. Wenn beispielsweise Verbraucher – im Fall von Shell – den Kraftstoff verbrauchen, so werden diese Emissionen, die am Ende der Absatzkette entstehen, Shell als *Scope 3*-Emissionen zugerechnet.

Allgemein unterscheidet man zwei Arten von Klimaklagen, die horizontalen und die vertikalen Klagen. Letztere bilden das Über-Unterordnungsverhältnis zwischen Bürger und Staat ab. Bürger strengen in Deutschland vertikale Klagen z.B. gegen die Bundesregierung oder einzelne Landesregierungen an, um diese zu größeren Anstrengungen beim Klimaschutz zu verpflichten. Ein Beispiel für eine erfolgreiche vertikale Klage ist der Klimabeschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 24. März 2021 (Az. 1 BvR 2656/18 u.a.), in dem die Karlsruher Richter der Bundesrepublik aufgaben, das Klimaschutzgesetz zu verbessern. Bei dem Verfahren gegen Shell handelt es sich um eine horizon-

tale Klimaklage, bei der private Kläger gegen ein privates Unternehmen als Beklagte vorgehen. Solche Klagen sind entweder auf Unterlassung oder auf die Zahlung von Schadensersatz gerichtet.

Wenn man die Klagen in einen etwas größeren Kontext einordnet, spricht man seit Kurzem von der *Ecological Social Governance* (ESG). Der Vorgängerbegriff, die *Corporate Social Responsibility* (CSR), stellte die Achtung der Menschenrechte in den Fokus, die ESG hebt nun zusätzlich die Klimabelange hervor. Zu den Pfeilern, aus denen sich der Oberbegriff der ESG zusammensetzt, gehören neben den CO₂-Reduktions- und Klimaklagen (*climate change litigation*) der Umweltschutz und der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, sowie der Schutz der Menschenrechte, insbesondere in den Lieferketten (*human rights litigation*).

Argumentation des Haager Gerichts im Shell-Urteil und Transformation ins deutsche Zivilrecht

Das Bezirksgericht Den Haag stützt sein Urteil auf die ungeschriebene Verkehrspflicht, CO₂ zu reduzieren. Die spannende Frage ist nun, ob sich das Shell-Urteil in das deutsche Zivilrecht transformieren lässt. Hauptvoraussetzung des von den Klagenden geltend gemachten Unterlassungsanspruchs aus § 1004 BGB, wendet man das deutsche Recht an, ist eine rechtswidrige Eigentumsbeeinträchtigung durch einen Störer.

Das Problem ist, dass das Klima an sich im deutschen Rechtskreis weder nach § 1004 noch nach § 823 BGB als absolutes Rechtsgut geschützt ist. Ein Herunterbrechen auf die Verletzung eines absoluten Rechtsguts wäre also nötig; das Haager Gericht stellte auf die Gesundheitsbeeinträchtigung der niederländischen Bevölkerung ab. Die Deutsche Umwelthilfe stützt ihre Klagen vor deutschen Gerichten auf eine neue Argumentation: Sie bedient sich des Allgemeinen Persönlichkeitsrechts als sonstiges Recht in § 1004 BGB analog und argumentiert, dass dieses zur intertemporalen Freiheitssicherung herangezogen werden könne. Dabei handelt es sich um eine Anlehnung an das Bundesverfassungsgericht, das 2021 beschloss, Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 GG schütze nicht nur die jetzt lebenden Individuen, sondern auch künftige Generationen. Es dürfe nicht einer Generation zugestanden werden, unbegrenzt CO₂ zu emittieren, da die nachfolgenden Generationen ansonsten eine Vollbremsung machen müssten und keine Freiheit mehr hätten.

Der zweite Problemkreis betrifft die Kausalität und Zurechenbarkeit, denn die Beklagte müsste Störerin sein und das ist sie nur, wenn ihr eine rechtswidrige CO₂-Emission zugerechnet werden kann, die zum Klimawandel beiträgt. Das Haager Bezirksgericht macht es wie das Bundesverfassungsgericht in seinem Klimabeschluss und verweist auf den IPCC (*Intergovernmental Panel on Climate Change*). In seinem neusten Bericht bezeichnet der IPCC den *human factor* (anthropogener Einfluss am Anstieg der Erdtemperatur) mit einer Wahrscheinlichkeit

von 95%. Gleichzeitig werden aber auch andere, durch Menschen nicht beeinflussbare Faktoren genannt, die sich auf das Klima auswirken.

Professor Weller gab zu bedenken, dass im Zivilprozess die volle Überzeugung des Gerichts benötigt wird und sich das Argumentieren mit Wahrscheinlichkeiten daher schwierig gestaltet. Das Problem sei beim Gesetzgeber besser aufgehoben; dieser könne *ex ante* entscheiden, habe daher einen weiten Entscheidungsspielraum und könne auch Wahrscheinlichkeiten zugrunde legen.

Gibt es tatsächlich eine Verkehrspflicht zur CO₂-Reduktion? Als Gegenargument zum Shell-Urteil ließe sich ins Feld führen, dass es sich bei der Industrietätigkeit um eine sozialadäquate Tätigkeit handelt, die Arbeitsplätze schafft und auf der unser Wohlstand beruht.

Selbst wenn man eine Störung annähme, könnte diese Pflicht aber nach § 1004 Abs. 2 BGB gerechtfertigt sein. An dieser Stelle zieht das Bezirksgericht Den Haag mehrere Punkte in Erwägung: Seit 2003 müssen alle EU-Mitglieder, die CO₂ emittieren, Zertifikate hierfür erwerben. Es wurde auf der Ebene des öffentlichen Rechts ein Handelssystem aufgebaut, das gerade die CO₂-Emissionen zum Gegenstand hat. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob man den Ausstoß von CO₂ privatrechtlich verbieten kann oder die Einheit der Rechtsordnung dem entgegensteht. Laut dem Bezirksgericht Den Haag sind CO₂-Emissionen im Anwendungsbereich des Zertifikate-Handelssystems nicht rechtswidrig. Allerdings gelte das Handelssystem nur innerhalb der EU und habe keine globale Komponente, so seien beispielsweise *Scope 3*-Emissionen auf anderen Kontinenten nicht gerechtfertigt.

Der zweite Punkt betrifft die Anlagengenehmigung: Wer im Geltungsbereich des deutschen Rechts nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz als Industriebetreiber eine Anlagengenehmigung bekommen hat, kann privatrechtlich nicht in Anspruch genommen werden, soweit die Genehmigung die Gefahr abdeckt. Die Frage, ob die Anlagengenehmigung auch den CO₂-Ausstoß abdeckt, ist allerdings umstritten.

Schließlich stellt sich wegen des Unmittelbarkeitsgrundsatzes, von dem nur sehr enge Ausnahmen zugelassen sind, das Problem, dass die oben beschriebenen *Scope 3*-Emissionen, für die die Unternehmen nur mittelbar verantwortlich sind, nicht vom deutschen Deliktsrecht erfasst sind. Das Haager Gericht hat es für die Niederlande anders gesehen; im niederländischen Recht gibt es anders als hierzulande eine Generalklausel, die dahingehend offen ist.

Plans de vigilance – die französische Herangehensweise

Auch in Frankreich findet man vertikale und horizontale Klimaklagen. Professor Rass-Masson nannte in seinem Vortrag zum Beispiel die Klage des Vereins „*Notre affaire à tous*“ gegen das Unternehmen Total. Es fällt auf, dass sich französische Gerichte im Bereich der Klimaklagen

öffnen und sich selbst als Bestandteil einer globalen richterlichen Bewegung betrachten, die ihren Beitrag dazu leistet, den CO₂-Ausstoß zu reduzieren. Gleichzeitig lässt sich noch eine gewisse Zurückhaltung erkennen, die man zum Beispiel daran sieht, dass das französische Verfassungsgericht, der *Conseil constitutionnel*, viel zurückhaltender vorgeht als das Bundesverfassungsgericht in seinem Klimabeschluss.

An der Art und Weise, wie die (Klima-)Urteile begründet werden, kann man jedoch erkennen, dass die globalen Klimaschutzziele in der französischen Rechtsprechung eine zentrale Rolle spielen. Eine Vorreiterrolle hat die französische Rechtsordnung bei der Selbstverpflichtung von Unternehmen zur Nachhaltigkeit eingenommen. Im Jahr 2017 wurde mit dem *devoir de vigilance* ein Gesetz eingeführt, das alle global agierenden französischen Unternehmen dazu verpflichtet, einen *plan de vigilance*, einen sog. Wachsamkeitsplan, aufzustellen. In diesem Plan benennt das Unternehmen die Risiken, die es in seinem Aktivitätssektor gibt, und wie es diese Risiken effektiv bekämpft. Stellt ein Unternehmen keinen Wachsamkeitsplan auf oder setzt diesen nicht um, besteht ein Haftungsrisiko. Der Versuch, Verstöße mit einem zivilrechtlichen Bußgeld (*amende civile*) zu ahnden, ist allerdings gescheitert – der *Conseil constitutionnel* stufte das Bußgeld wegen mangelnder Bestimmtheit als verfassungswidrig ein. An dieser Stelle muss der Gesetzgeber nachschärfen, damit der *plan de vigilance* kein Papiertiger bleibt, sondern Verstöße sanktioniert werden können.

Bisher wurde noch nicht richterlich entschieden, ob die Wachsamkeitspflichten die Verpflichtung zum Klimaschutz beinhalten. Auch hier besteht also noch Regelungsbedarf durch die Legislative.

Fazit und Ausblick

Wie eingangs bemerkt haben die vertikalen Klimaklagen vor allem einen strategischen Wert – daher rührt der Begriff *strategic litigation*. Sie erzeugen viel Aufmerksamkeit und sollen die Unternehmen antreiben, den Klimawandel zu bekämpfen.

Aufgrund der Schwierigkeiten, die Urteile effektiv vollstrecken zu lassen, ist nun vor allem die Politik am Zug. Die Legislative ist – sowohl in Deutschland als auch in Frankreich – dazu aufgerufen, Gesetze zu erlassen, die zur Einhaltung des 1,5 Grad-Zieles in allen Sektoren verpflichten.



Caroline Cohen, Lic. en droit (CJFA / Université de Lorraine), LL.M. (Exeter) arbeitet als Rechtsanwältin in der Kanzlei R&P Legal in Frankfurt am Main. Besondere Schwerpunkte ihrer Tätigkeit sind das Öffentliche Wirtschaftsrecht und die Regulierung sowie die Betreuung französischsprachiger Unternehmen.

■ Aus den Hochschulen

In unserer Reihe über deutsch-französische Studiengänge von rechtswissenschaftlichen Fakultäten stellen wir in dieser Ausgabe den integrierten Studiengang vor, den die Johannes Gutenberg-Universität Mainz in Partnerschaft mit drei französischen Universitäten anbietet. Bekanntlich verbindet die Deutsch-Französische Juristenvereinigung mit der Johannes Gutenberg-Universität der satzungsmäßige und, durch unser Sekretariat, der Verwaltungssitz der Vereinigung. Aber in erster Linie war sie die Wirkungsstätte unseres verstorbenen Ehrenpräsidenten, Herrn Univ.-Prof. (em.) Dr. Walter Rudolf, dem wir auch diese privilegierte Verbindung verdanken. Es ist uns insofern ein wichtiges Anliegen, die historische Partnerschaft der Johannes Gutenberg-Universität zu Frankreich in einem Artikel aus der Feder eines Studierenden darzustellen.

Der integrierte Deutsch-Französische Studiengang Mainz-Paris aus Sicht eines deutschen Studierenden

von Konrad Terporten, Mainz

Hintergründe zur Partnerschaft

Seit über 15 Jahren besteht in Mainz nun eine Partnerschaft mit drei verschiedenen französischen Städten. Dazu zählen Dijon, Nantes und Paris. Pro Partnerhochschule bietet die Universität Mainz 15 Plätze an. Viele der Studiengänge werden dabei von der Deutsch-Französischen Hochschule auch finanziell gefördert.

Gründe für den Besuch des integrierten Studiengangs

Schon zu Zeiten meiner schulischen Ausbildung habe ich eine große Affinität zu Frankreich und der französischen Sprache entwickelt, so dass mir nach dem Abitur klar war, dass ich gerne mein Studium mit Frankreich verbinden möchte. Dabei erschien mir der integrierte Studiengang in Mainz ideal. Die Möglichkeit zwischen drei französischen Partnerstädten für das Frankreichjahr wählen zu können, sah ich als großen Vorteil. Dadurch ist es uns Studierenden möglich, sich auch erst nach ein paar Semestern für eine französische Stadt zu entscheiden. Denn die Entscheidung gibt man mit seiner offiziellen Anmeldung, gut neun Monate vor dem Auslandsjahr, ab.

Struktur und Organisation des Studiengangs

Die Struktur und Organisation des Studiengangs ist insbesondere für deutsche Studierende so konzipiert, dass diese problemlos noch den „normalen“ deutschen Juravorlesungen folgen können. Denn in der Regel ist man parallel zum deutsch-französischen Recht noch im deutschen Jurastudium eingeschrieben.

Während man zu Beginn des integrierten Studiengangs einen Einblick in die französische Rechtssprache erhält, beschäftigt man sich in den darauffolgenden Semestern mit der Methodik des französischen

Rechts. Denn anders als im deutschen Studium werden in Frankreich nicht nur Fälle gelöst. Häufig müssen in den Klausuren Urteilscommentare oder Aufsätze zu bestimmten Themen geschrieben werden. Darauf (und auf vieles mehr) wird man in den Kursen *Méthodologie du droit français* vorbereitet. Darüber hinaus werden auch die wichtigsten europäischen Urteile thematisiert, die insbesondere im Auslandsjahr eine große Rolle spielen. Kurz vor dem Auslandsjahr wird in einem Intensivkurs das EU-Recht von einem französischen Gastprofessor noch einmal vertieft. Die deutschen Studierenden erhalten so bereits einen kurzen Einblick in eine Vorlesung bei einem französischen Professor.

Ein großes Highlight ist für viele Studierende auch die „Infofahrt.“ Bei dieser besuchen deutsche Studierende für mehrere Tage eine der drei Partneruniversitäten. Darüber hinaus kann man schon ein bisschen französisches Flair schnuppern und zudem erste Kontakte mit französischen Studierenden knüpfen. Und auch Freizeit kommt bei dieser Infofahrt nicht zu kurz.

Organisiert wird dies alles vom „Frankreichbüro“, welches ausschließlich für den integrierten Studiengang zuständig ist. Bei aufkommenden Fragen haben Studierende dementsprechend immer einen direkten Ansprechpartner.

Persönliche Eindrücke an der Partneruniversität

Eingeschrieben war ich an der Universität Paris XII für den Studiengang *Droit européen et international*. Dies beinhaltete viele Kurse zum europäischen Recht, internationalen Privatrecht und zum Teil auch zum französischen Recht. Das Studium ist dabei in zwei Hauptkurse (die *majeures*) und fünf Nebenkurse (die *mineurs*) aufgeteilt.

Mein persönlicher erster Eindruck der französischen Partneruniversität war, dass nicht nur das Leben, sondern auch das Studium ein wenig anders abläuft als in Deutschland. Das zeigte sich zum Beispiel schon daran, dass in Deutschland an vielen Orten im September 2020 nicht an Präsenzlehre zu denken war. Wir hingegen kamen gemeinsam mit unseren französischen Mitstudierenden in den Genuss von Vorlesungen in Präsenz. Dies lag auch daran, dass man mit 25 Studierenden in vergleichsweise kleinen Kursen sitzt, auch wenn die Hauptkurse zum Teil noch mit anderen Mastern zusammengelegt werden.

Viele von unseren Kommilitonen kannten unseren integrierten Studiengang gar nicht, sodass es ein paar Wochen dauerte, bis die französischen Studierenden merkten, dass wir das gleiche Programm wie sie zu absolvieren hatten. Dies heimste uns großen Respekt von unseren Kommilitonen ein, sodass sie immer bereitwillig ihre Vorlesungsnotizen an uns weitergaben. Denn ohne diese geht es in Frankreich nicht.

Eine Vorlesung besteht meist daraus, dass ein Professor oder eine Professorin über mehrere Stunden über ein Thema referiert, leider meist

ohne Dialog. Dieser findet allerdings in den sogenannten *Travaux dirigés* (TD) statt. Zu vergleichen sind diese mit den Arbeitsgemeinschaften im deutschen Jurastudium. Aber Achtung! Eine Note erhält man dort auch. Denn anders als in Deutschland besteht die Note, zumindest für die Hauptkurse, aus einer Abschlussklausur und der Note aus dem TD.

Insbesondere in den TDs kann man mit vielen französischen Studierenden in Kontakt treten, sodass im Verlaufe meines Masters großartige Freundschaften entstanden. Selbst während des zeitweiligen Lockdowns, der in Frankreich sehr hart durchgesetzt wurde, konnte man mithilfe der französischen Studierenden das Studium bewältigen. Das Studium generell war dabei weitaus politischer als es bei uns in Deutschland der Fall ist, sodass auch eine eigene Meinung zu bestimmten Themen durchaus gefragt war. Dies gefiel mir besonders gut, da man so anfang, juristische Themen auch mit anderen Lebensbereichen zu verknüpfen.

Ausblick

Der integrierte Studiengang in Mainz ist für mich nach wie vor ein großartiges Projekt, da man neben dem Staatsexamen noch mehrere international anerkannte Abschlüsse erhält. Zudem kann man sich das Frankreichjahr auch als Schwerpunktexamen anrechnen lassen. Dies nimmt vielen Studierenden die Angst vor dem Staatsexamen und eröffnet einem darüber hinaus viele Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt. Denn nicht nur in deutsch-französischen Kanzleien, die immer stärker vertreten sind, werden Personen mit deutsch-französischem Hintergrund gesucht. Auch europäische Institutionen haben immer ein großes Interesse an Personen mit einem Abschluss im deutsch-französischen Recht.

Darüber hinaus erweitert man durch das Auslandsstudium seinen eigenen Horizont und kann tief in eine andere Kultur eintauchen. Dies dürfte vielen Studierenden einen sehr großen Mehrwert bieten und hat auch mich nachdrücklich geprägt.



Konrad Terporten, LL.B., ist Student des integrierten Deutsch-Französischen Studiengangs Mainz-Paris.

■ Aus der Anwaltschaft

50 Jahre “Frankreichseminar“

von Dr. Fabienne Kutscher-Puis, Düsseldorf

Seit 1972 bietet das Ministerium der Justiz Nordrhein-Westfalen Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendaren aus ganz Deutschland zweimal pro Jahr die Möglichkeit, in Paris an einem Seminar zur Einführung in das französische Rechtswesen und in die französische Rechtssprache teilzunehmen. Anlässlich des 50. Jahrestages der als „Frankreichseminar“ bekannten Fortbildung fand am Sitz des deutschen Botschafters in Paris am 21. März 2022 ein Festakt statt. Grund genug, diese Institution der deutsch-französischen Rechtsbeziehungen in den *Actualités* zu würdigen.

Im Laufe der Jahre durften mehr als 2.000 Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare aus Deutschland an dem Frankreichseminar teilnehmen und Zutritt zu den wichtigsten juristischen Institutionen Frankreichs unter anderem mit der tatkräftigen Unterstützung der Pariser Anwaltskammer bekommen. Spricht man mit ehemaligen Teilnehmern, wird sofort klar, wie unvergesslich und für das spätere Berufsleben prägend diese Erfahrung ist.

Dabei handelt es sich keineswegs um eine reine Düsseldorf-Paris Verbindung. Vielmehr wurde das Land Nordrhein-Westfalen bereits im Oktober 1959 durch die damalige Justizministerkonferenz damit beauftragt, federführend für alle anderen Landesjustizverwaltungen Ausbildungsaufenthalte deutscher Referendarinnen und Referendare bei französischen Ausbildungsstellen zu vermitteln. So hieß es auf Punkt I der Tagesordnung der 28. Konferenz der Justizminister vom 13. bis 15. Oktober 1959 in Hamburg: „Beschäftigung von Referendaren bei internationalen, supranationalen und ausländischen Stellen; Fortbildung in fremden Rechten, vor allem im französischen Recht“.

Damals stand der Nachwuchsbedarf der europäischen Institutionen und die Erkenntnis der Bedeutung der französischen Rechtssprache für deutsche Juristen im Vordergrund. Sicherlich wird dieser Bedarf heute ausreichend durch die vielfältigen deutsch-französischen Studiengänge gedeckt. Aber für viele wird erst durch das Frankreichseminar das Kennenlernen der französischen Institutionen vollkommen und die Grundlage für ein späteres berufliches Miteinander auf höchstem Niveau geschaffen.

Im Übrigen ist vor fünf Jahren die kleine Schwester des Frankreichseminars, nämlich das *Séminaire d'Allemagne* ins Leben gerufen worden. *Élèves-avocats* der Pariser Anwaltschule EFB können nun auch Grundkurse über deutsches Recht absolvieren und vor allem Justiz-

und Verwaltungsbehörden sowie Anwaltskanzleien in Düsseldorf besuchen und somit einen ersten Einblick in das Rechtsleben und mögliche Berufsperspektiven in Deutschland erhalten. Eine sehr sinnvolle Ergänzung, wenn man bedenkt, dass Juristinnen und Juristen mit einer überwiegend französischen Ausbildung es nach wie vor schwer haben, in Deutschland Fuß zu fassen.

Wir freuen uns, die Ansprache des Staatssekretärs der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen, Dirk Wedel, anlässlich des Festaktes „50 Jahre Frankreichseminar“ am 21. März 2022 in Paris veröffentlichen zu dürfen und danken dem Landesjustizministerium für die freundliche Genehmigung.

Sehr geehrter Herr Botschafter,

haben Sie herzlichen Dank für den großzügigen Empfang und Ihre freundliche Begrüßung.

Ihre Einladung, den 50. Geburtstag unseres Frankreichseminars in diesem prächtigen Rahmen zu feiern, ist eine große Ehre für das Ministerium der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen, für das Frankreichseminar als solches und alle, die mit ihm verbunden sind. Wir wissen diese Auszeichnung sehr zu schätzen.

Madame la Bâtonnière,

sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Freundinnen und Freunde des Frankreichseminars,

liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer des aktuellen Seminars,

als Vertreter des Landes Nordrhein-Westfalen heiße auch ich Sie herzlich willkommen. Uns allen möchte ich zu dem „runden Geburtstag“ gratulieren, den wir heute in dieser wunderbaren Umgebung feiern dürfen.

50 Jahre! Ein Alter, das sich die Referendarinnen und Referendare unter Ihnen kaum vorstellen können: So alt mögen Ihre Eltern sein. So alt sind – um Ihnen eine Orientierung zu geben – etwa auch das *Centre Pompidou* und der französische Hochgeschwindigkeitszug TGV.

Das Justizministerium Nordrhein-Westfalen hat es 1972 gewagt, sich mit dem Frankreichseminar „selbstständig“ zu machen und bietet seitdem Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendaren aus ganz Deutschland zweimal pro Jahr ein Seminar zur Einführung in das französische Rechtswesen und in die französische Rechtssprache an. Von Beginn an wurde die Gruppe dem *Bâtonnier* de Paris vorgestellt und von dem Leiter der Rechts- und Konsularabteilung der deutschen Botschaft – also Ihren Amtsvorgängern, lieber Herr Dr. Pernhorst – empfangen.

Die Ursprünge des Frankreichseminars sind noch älter: Im Oktober 1959 betraute die Justizministerkonferenz das Land Nordrhein-Westfalen damit, federführend für alle anderen Landesjustizverwaltungen Ausbildungsaufenthalte deutscher Referendarinnen und Referendare bei französischen Ausbildungsstellen zu vermitteln.

Dies geschah nach Kontaktaufnahme mit der Pariser Anwaltschaft ab 1961.

Vorbereitet wurden die Aufenthalte bis 1971 durch dreiwöchige Vorbereitungslehrgänge in Zusammenarbeit mit der Universität des Saarlandes. An deren Stelle trat 1972 das Frankreichseminar, das man seit Ende der 1990er Jahre auch besuchen kann, ohne unmittelbar danach die Wahlstation bei einer französischen Anwältin bzw. einem Anwalt zu absolvieren.

Der Zuspruch, den das Frankreichseminar erfährt, ist ungebrochen.

Für jedes Seminar bewerben sich etwa 70 bis 100 Referendarinnen und Referendare aus ganz Deutschland. Rund 80% der Bewerbungen stammen übrigens von Frauen, das ist weit mehr als ihr Anteil am Vorbereitungsdienst ausmacht.

Teilgenommen haben an den Seminaren im Laufe der Zeit weit über 2.000 Referendarinnen und Referendare. Für viele dürften sich hier in Paris die Weichen für eine internationale Karriere gestellt haben. Einige von ihnen sind mittlerweile selbst in Paris Gastgeber für die nachfolgenden Generationen von Juristinnen und Juristen geworden: Lieber Herr Letschert, lieber Herr Beltz, ich danke Ihnen sehr für Ihr großes Engagement und Ihre Treue zum Frankreichseminar.

Was eint und was unterscheidet die Bewerberinnen und Bewerber von 1972 und von 2022?

Sie eint zweifellos ihre Frankophilie: ihre Liebe zu Frankreich und zur französischen Sprache.

Ebenso eint sie ihr Interesse daran, ihren juristischen Beruf grenzüberschreitend auszuüben, sei es als Anwältin oder Anwalt in Deutschland mit Bezug auf den französischen Rechtsverkehr oder in Frankreich mit Bezug auf deutsche Mandantinnen und Mandanten oder als Juristin bzw. Jurist bei einer europäischen Institution.

Hier liegt übrigens der Ursprung des Frankreichprogramms: Die Justizministerkonferenz 1959 hatte den Nachwuchsbedarf der europäischen Institutionen erkannt und wollte diesen u.a. durch den Austausch mit Frankreich aktiv fördern.

Den Nachwuchsbedarf an international ausgerichteten Juristinnen und Juristen zu decken, ist eine Daueraufgabe, der sich das Justizministerium Nordrhein-Westfalen auch 2022 gerne stellt.

**Was kann Ihnen das
Frankreichseminar dann
überhaupt noch bieten?**

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer eint ferner ihre Qualifikation, die von Beginn an das wesentliche Auswahlkriterium darstellte, und doch liegt hier ein großer Unterschied:

Seit Ende der 1990er Jahre haben praktisch alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Frankreichseminars einen deutsch-französischen Studiengang absolviert. Das gilt auch für Sie, meine Damen und Herren.

Es versteht sich, dass Ihre Kenntnisse im französischen Recht die Ihrer Vorgängerinnen und Vorgänger von 1972 deutlich übersteigen. Da Sie in der Regel zwei Jahre in Frankreich gelebt haben, sind auch Ihre Sprachkenntnisse im Durchschnitt weitaus besser.

2022 hat auch in der Regel niemand mehr Schwierigkeiten, ohne Hilfe des Justizministeriums Nordrhein-Westfalen eine Station bei einer französischen Anwaltskanzlei zu finden: Beide Länder und beide Rechtssysteme, massiv beeinflusst durch die EU, sind in den vergangenen 50 Jahren glücklicherweise sehr eng zusammengedrückt.

Das Frankreichseminar ruht seit Ende der 1990er Jahre auf zwei Säulen, sein Gewölbe wird von dem *Barreau de Paris* getragen.

Die erste Säule ist der fachtheoretische Teil: die Einführung in den Gerichts Aufbau, in die Prozessrechte und die Rechtssprache. Seit einigen Jahren setzt das Justizministerium Nordrhein-Westfalen Herrn Direktor des Amtsgerichts Holtmann und Frau Richterin am Amtsgericht Dr. Schotten als Lehrende ein. Ich danke beiden für ihr Engagement und freue mich, Sie, lieber Herr Holtmann, heute Abend begrüßen zu können.

Die zweite Säule des Frankreichseminars stellen die Besuche französischer Gerichte und anderer hochrangiger Institutionen dar: *Conseil constitutionnel*, *Cour de Cassation*, *Conseil d'État*, *Cour des Comptes*, Justizministerium, *International Chamber of Commerce*.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Sie diese Institutionen vertreten, Ihnen allen sage ich herzlichen Dank dafür, dass Sie uns Türen öffnen, die selbst Einheimischen häufig verschlossen sind. Ich kann Ihnen versichern, dass Sie den deutschen Referendarinnen und Referendaren unvergessliche Eindrücke verschaffen, für die sie Ihnen sehr dankbar sind.

Erst wenn der Schlussstein gesetzt ist, trägt das Gewölbe sich selbst.

Schlussstein im Gewölbe des Frankreichseminars ist das *Barreau de Paris*:

Nur dank der immerwährenden Unterstützung der Pariser Anwaltschaft ist es über die Jahre möglich gewesen, das Frankreichseminar durchzuführen.

Das *Barreau* de Paris stellt uns Räume zur Verfügung und unterstützt uns bei der Vermittlung von Ausbildungsstationen. Ich freue mich, dass ich Ihnen, sehr geehrte Frau Couturier, dafür heute meinen persönlichen Dank aussprechen kann.

Herzlicher Dank gebührt zudem – vor allem! – den Mitgliedern der *Commission franco-allemande*, allen voran ihrem Präsidenten, Herrn Roth, sowie ihren Vizepräsidenten Herrn Beltz, Herrn Klein und Frau Stary sowie Herrn Letschert, für ihre Vorträge, ihre Begleitung und ihre vielfältige Förderung des Programms.

Die Ausbildung des anwaltlichen Nachwuchses im Großraum Paris obliegt der EFB, der Anwaltschule des *Barreau* de Paris. Es versteht sich, dass diese Einrichtung in das Frankreichseminar eingebunden ist und die Zusammenarbeit wird ständig verbessert: Seit einiger Zeit lernen die deutschen Referendarinnen und Referendare nicht nur das französische Ausbildungssystem kennen, sondern arbeiten auch im Rahmen eines Workshops mit französischen Anwaltsschülerinnen und Anwaltsschülern zusammen. Dieser Weg soll weiter beschritten werden. Ich danke Herrn Accomondo und Frau Clauss sehr für diese wertvolle Zusammenarbeit.

Fast auf den Tag genau vor 5 Jahren, am 22 Februar 2017, haben der *Bâtonnier* von Paris und der Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen eine verbindliche Erklärung unterzeichnet, die auf der einen Seite das Frankreichseminar abgesichert und auf der anderen Seite das *Séminaire d'Allemagne* ins Leben gerufen hat: Schülerinnen und Schüler der Pariser Anwaltschule sollen im Rahmen eines „spiegelbildlichen“ Seminars in das deutsche Rechtssystem und in die deutsche Rechtssprache eingeführt werden.

Seit 2018 findet das *Séminaire d'Allemagne* – von einer coronabedingten Pause abgesehen – zweimal pro Jahr in Düsseldorf statt. Es ist mir stets eine besondere Freude, die Anwaltsschülerinnen und Anwaltsschüler im Ministerium der Justiz zu begrüßen. Ich werde alles in meiner Macht Stehende dafür tun, dass dem *Séminaire d'Allemagne* derselbe Erfolg beschieden sein wird wie dem Frankreichseminar.

Sehr geehrter Herr Botschafter,

ich verstehe Ihre großzügige Einladung nicht nur als Anerkennung der Leistungen der deutsch-französischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Juristenausbildung in den vergangenen 50, wenn nicht gar 60 Jahren, sondern auch als Ansporn, auf diesem Weg weiterzugehen.

Frieden, Freundschaft und Wohlstand sind alles andere als selbstverständlich.

Sie bedürfen eines ständigen Kontakts, eines engen Austauschs zwischen den Ländern und seinen Bürgerinnen und Bürgern.

Nordrhein-Westfalen ist es traditionell ein besonderes Anliegen, den Austausch zwischen Deutschland und Frankreich aktiv zu fördern.

Dies wird auch weiterhin unter anderem durch das Frankreichseminar geschehen.

Anlässlich seines 50. Geburtstags wünsche ich mir eine Fortsetzung der Erfolgsgeschichte des Frankreichseminars.

Auf die nächsten 50 Jahre.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Es gilt das gesprochene Wort!

Création de l'APPEAL-E : l'association des avocats exerçant à l'étranger

von Marie-Avril Roux Steinkühler, LL.M., Berlin/Paris

Le 14 décembre 2021, une douzaine de Consœurs et Confrères du Barreau de Paris exerçant sur les cinq continents, dans différentes traditions juridiques et représentant la diversité des cultures ont pris l'initiative d'être les fondateurs de l'association pour la promotion de l'exercice des avocats à l'étranger (APPEAL-E), association loi 1901 enregistrée à Paris.

En effet, près de 3 000 avocats sont inscrits à la fois à un barreau français et à un barreau étranger, soit 4,3% des avocats français, la quasi-totalité à Paris. Et pourtant, cette communauté de professionnels n'existe pas vraiment. Dans la plupart des pays, les avocats se croisent parfois, mais aucun outil ne permet un partage d'expériences structuré permettant une sédimentation des savoirs et des expériences. Ces confrères et consœurs, qui demeurent attachés à la communauté des avocats français, connaissent des spécificités à la fois communes à cet exercice à l'étranger et locales – dans leurs vies professionnelle et personnelle. Ils participent à l'influence du droit français hors des frontières et à une meilleure communication de leur pays d'installation.

Après seulement quelques mois d'existence, l'association compte aujourd'hui 150 membres dont près d'une vingtaine dans l'espace DACH. L'Allemagne, en tant que premier partenaire économique de la France est évidemment au cœur de notre vision d'une profession ouverte sur le rayonnement international. 170 avocats inscrits au Barreau de Paris ont fait le choix d'exercer notre belle profession depuis l'Allemagne.

Particularités de l'exercice professionnel des avocats à l'étranger

Les questions spécifiques à l'exercice à l'étranger sont légion :

- Quelle est la définition exacte d'un exercice à l'étranger à titre principal ?
- Comment concilier des obligations déontologiques française et étrangère parfois contradictoires ? On citera la confidentialité des dossiers d'avocats français versus l'obligation de l'avocat allemand de tout communiquer à son client.
- Pourquoi la plupart des consœurs et confrères concernés sont-ils privés d'une clé RPVA – équivalent du beA-BRAK ?
- Comment déclarer ses revenus, et que faire des droits de plaidoirie ?
- Pourquoi payer des cotisations professionnelles dont une partie semble dédiée à une prévoyance inopérante ?
- Comment justifier le paiement d'assurances professionnelles alors que certains exercices sont expressément exclus de la police d'assurance obligatoire ?
- L'obligation de domiciliation dans le ressort du barreau d'appartenance est-elle encore concevable ?
- Comment satisfaire des obligations de formation professionnelle dont les conditions sont parfois incompatibles avec la situation des consœurs et confrères de l'étranger ?
- Comment préparer au mieux sa retraite, en France ou à l'étranger ? Et bien d'autres...

Au-delà de ces questions très pratiques, ces avocats font souvent le constat d'être spectateurs de la plupart des actions à l'international de nos divers ordres, sans qu'ils soient le plus souvent associés ni consultés par les personnes chargées de l'international. Ceci emporte parfois une ignorance des pratiques et des enjeux locaux, une inefficacité d'initiatives pourtant pertinentes et le désintérêt de professionnels qui pourraient utilement participer au rayonnement de la profession et du droit français.

D'ores et déjà, l'APPEAL-E a contribué à la mise en place d'un « guichet unique » au sein de l'ordre, dédié aux avocats exerçant à l'étranger, dont le barreau de Paris vient d'annoncer la création.

L'APPEAL-E a transmis à l'Ordre parisien des études sur la cotisation prévoyance – qui nous paraît payée de manière injustifiée – et l'accès à une clé RPVA, en lui demandant de prendre position.

Enfin, l'APPEAL-E propose de devenir le réseau et le facilitateur de synergies entre avocats exerçant hors de France, y compris en associant les autres barreaux dont certains membres exercent à l'étranger.

Madame la bâtonnière Julie Couturier avait écouté et consulté les avocats exerçant à l'étranger pendant sa campagne électorale et les a mis à l'honneur de son discours lors de la passation de bâton du 1^{er} décembre 2021 en invitant à « passer par les avocats français exerçant à l'étranger ». L'APPEAL-E est un nouvel outil pour répondre à cette invitation, et un agenda de questions et propositions sera déployé au cours des années 2022 et 2023.

Contact

Les avocats membres de la DFJ bénéficiant d'une double inscription à un barreau allemand et un barreau français peuvent rejoindre gratuitement l'association en remplissant le formulaire en ligne accessible à l'adresse suivante : <https://forms.gle/5Ldz2fTPdQ1EWBzY6>. Par ailleurs, l'Association peut être consultée sur un sujet en particulier, par simple email à adhesion.appeal.e@gmail.com.



Marie-Avril Roux Steinkühler est avocate aux barreaux de Paris et Berlin et associée du cabinet MARS-IP. Elle exerce dans le secteur de la propriété intellectuelle des affaires, avec un focus en droit d'auteur, média, nouvelles technologies, marques. Elle est diplômée de Sciences Po Paris et titulaire d'un LL.M. Immaterialgüterrecht und Medienrecht (Humboldt-Universität zu Berlin).

■ Im Gespräch

In dieser Ausgabe freuen wir uns, gleich zwei Gespräche mit beeindruckenden Juristinnen zu führen: Frau Dr. Andrea Schulz, die die Teilnehmer an dem Webinar am 2. Dezember 2021 zum Thema „Welche Berufsaussichten für deutsch-französische Juristinnen und Juristen“ bereits kennengelernt haben, und Frau Dr. Maria Kordeva, die die Leser der Actualités durch ihre regelmäßigen bibliographischen Hinweise schon lange kennen. Lassen Sie sich dennoch überraschen! Sie werden feststellen, wie leicht es ist, als Jurist über die Grenzen zu gehen, und welche Gefühle der Krieg in der Ukraine bei Osteuropäern weckt.

Frau Dr. Andrea Schulz, LL.M. (EHI Florenz)



Frau Dr. Schulz ist seit Januar 2020 als Verbindungsbeamtin des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz im französischen Justizministerium in Paris eingesetzt. Sie ist seit 1995 Beamtin des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz.

Sie studierte Rechtswissenschaften an den Universitäten Hamburg und Montpellier und legte das Erste Juristische Staatsexamen ab. Anschließend erwarb sie einen Master of Legal Studies in Comparative, European and International Law am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz. Nach Referendariat und Zweitem Staatsexamen in Hamburg war Frau Dr. Schulz zunächst am Max-Planck-Institut für Ausländisches und Internationales Privatrecht in Hamburg tätig. 2000 wurde sie von der Universität Hamburg mit einer Arbeit im Verfassungs- und Völkerrecht promoviert.

Sehr geehrte Frau Dr. Schulz, Sie sind zurzeit als deutsche Verbindungsrichterin im französischen Justizministerium abgeordnet. Welchen Status haben Sie genau und welcher Behörde in Deutschland unterliegen Sie?

Ich bin seit 1995 Beamtin des Bundesministeriums der Justiz (BMJ) in Deutschland, aber – obwohl das so nicht von vornherein geplant war – seit Ende 2001 im dienstlichen Interesse des Ministeriums in verschiedenen Funktionen außerhalb des Ministeriums im In- und Ausland tätig. Vom 1. Januar 2020 bis zum 30. Juni 2022 bin ich dem französischen Justizministerium als Verbindungsbeamtin/Verbindungsrichterin Deutschlands in Frankreich zugewiesen. Anders als die anderen sieben ausländischen Verbindungsrichter/-beamtinnen in Paris bin ich nicht Angehörige unserer Botschaft. Wir ausländischen Kollegen und Kolleginnen sind im französischen Justizministerium an die DAEI (*Délégation aux affaires étrangères et internationales*) angebunden, die auch für die 18 französischen Verbindungsrichter und Verbindungsrichterrinnen im Ausland, die justizielle Zusammenarbeit (nicht jedoch die Rechtshilfe) im Verhältnis zu anderen EU- und Nicht-EU-Staaten, die internationale Kooperation der französischen Justiz in institutionellen Fragen und rechtsvergleichende Studien zur Unterstützung der Gesetzgebung zuständig ist.

Können Sie uns einen Überblick über den Inhalt Ihrer Funktion geben? Können Sie uns auch Angelegenheiten nennen, die für Ihre Tätigkeit besonders repräsentativ sind?

Die Aufgaben der ausländischen Verbindungsrichter und Verbindungsrichterrinnen und -beamten im Bereich Justiz in Frankreich werden von ihrem jeweiligen Entsendestaat bestimmt und sind recht unterschiedlich. Sie unterscheiden sich daher auch teilweise von den Aufgaben des französischen Verbindungsrichters in unserem jeweiligen Herkunftsstaat. Im deutsch-französischen Verhältnis habe ich vor allem folgende Aufgaben:

- Unterstützung der Justiz in Deutschland und Frankreich bei bilateralen Rechtshilfeersuchen – zahlenmäßig betrifft dies überwiegend die internationale Rechtshilfe in Strafsachen,

wobei ich hier von französischer Seite meist bei Europäischen Haftbefehlen, von deutscher Seite bei Europäischen Ermittlungsanordnungen eingeschaltet werde. Anfragen zu anderen strafrechtlichen sowie zu zivilrechtlichen Ersuchen sind sehr viel seltener, jedoch rechtlich anspruchsvoller,

- Erstellung rechtsvergleichender Berichte/Studien/Vermerke zur Vorbereitung neuer Gesetzgebung, wenn meine Hauptstadt wissen will, wie andere Staaten (und in meinem Fall Frankreich) eine bestimmte Rechtsfrage gelöst haben,
- Inhaltliche und logistische Unterstützung bei der Organisation bilateraler deutsch-französischer Treffen von der Leitungs- bis zur Arbeitsebene (bilaterale Justizministertreffen, Treffen der Abteilungsleitungen Zivil- bzw. Strafrecht, Treffen des Generalbundesanwalts mit dem französischen Antiterrorstaatsanwalt, Treffen auf Arbeitsebene zu bilateralen Themen sowie zur deutsch-französischen Koordinierung für EU-Dossiers),
- Anstoß bilateraler deutsch-französischer Projekte im Bereich Justiz,
- Kontakt zur deutschen Botschaft und Sicherstellung des Informationsflusses im Bereich Rechtspolitik und Justiz in beide Richtungen in Zusammenarbeit mit dem Leiter des Rechts- und Konsularreferats der Botschaft,
- Kontaktpflege in den französischen Institutionen im Bereich Justiz,
- Vermittlung eines Verständnisses für die französische Justiz und das französische Recht in der deutschen juristischen Fachöffentlichkeit durch Netzwerken und Vorträge und umgekehrt das Gleiche in Frankreich im Hinblick auf deutsches Recht und die deutsche Justiz.

Meinen Sie, dass Sie schon während Ihrer universitären Ausbildung die Weichen für die spätere Übernahme einer derartigen Funktion gelegt haben oder hat sich Ihre besondere Eignung dafür erst später gefestigt?

Ich habe nach dem Abitur zunächst ein Studium der Ethnologie aufgenommen, weil ich mich immer schon gern mit fremden Kulturen beschäftigt habe und im Ausland leben und arbeiten wollte. Ein mögliches Ziel war für mich der diplomatische Dienst. Dort kann man sich in Deutschland mit jeglichem Studienabschluss für den höheren Dienst bewerben. Als Nebenfach habe ich u.a. Völkerrecht und Verfassungsrecht belegt und nach vier Semestern das Nebenfach Jura zum Hauptfach gemacht, ohne jedoch in einen der klassischen juristischen Berufe – Richterin, Rechtsanwältin, Staatsanwältin – zu streben. Mir schien das Recht vor allem als Materie reizvoll – je abstrakter, desto besser. Das Referendariat habe ich vor allem aus Neugier absolviert, um einmal „hinter die Kulissen der Justiz zu schauen“.

Welche weitere Funktion haben Sie ausgeübt, die für Ihre weitere Laufbahn besonders entscheidend war?

Mein Eintritt in die Beamtenlaufbahn des BMJ hat sicherlich eine entscheidende Rolle gespielt. Mir war vorher nicht bewusst, welche vielfältigen Möglichkeiten sich während einer Tätigkeit im Ministerium bieten – auch für Auslandsverwendungen. Ich bin nach (Ethnologie- und dann Jura-)Studium in Hamburg und Montpellier, erstem Staatsexamen in Hamburg, einem einjährigen LL.M. am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz, Rechtsreferendariat in Hamburg (mit Wahlstation an der Botschaft Rom), anschließender Assistenztaetigkeit am Max-Planck-Institut für Ausländisches und Internationales Privatrecht in Hamburg 1995 in das BMJ eingetreten. Aufgrund meiner Fremdsprachenkenntnisse wurde ich im Internationalen Privatrecht eingesetzt anstatt – was mein Wunsch war – im Verfassungsrecht, weil Letzteres nun wirklich rein national ist. Seither habe ich verschiedene Positionen – immer als BMJ-Beamtin – im In- und Ausland innegehabt und vor allem internationale Übereinkommen und Verordnungen im Bereich des internationalen Privatrechts, des internationalen Zivilverfahrensrechts und des Urheberrechts ausgehandelt oder angewandt. Nach Stationen in den Referaten Internationales Privatrecht und dann Urheberrecht im Bundesjustizministerium war ich beim Europarat (Europäische Menschenrechtskommission), der Haager Konferenz für internationales Privatrecht, der Europäischen Kommission und im Bundesamt für Justiz eingesetzt – auf der letztgenannten Position zum ersten Mal nicht im Bereich Rechtsetzung, sondern als Leiterin der Zentralen Behörde für internationale Sorgerechtskonflikte, die Eltern in grenzüberschreitenden Kindschaftskonflikten unterstützt und Verfahren z.B. nach dem Haager Kindesentführungsübereinkommen einleitet.

Welche persönlichen Fähigkeiten sollte ein Jurist, der eine ähnliche Funktion wie Sie anstrebt, Ihrer Meinung nach mitbringen?

Neben soliden Rechtskenntnissen sind Neugier und Offenheit für neue Rechtsfragen und ausländische Rechtsordnungen hilfreich, im Bereich der Rechtsetzung vor allem auch Gründlichkeit und Sprachgefühl, ergänzt durch Kenntnis möglichst vieler Sprachen. Auch die Fähigkeit, unter Zeit- oder politischem Druck wenn nötig auch schnell entscheiden zu können, sollte nicht fehlen. Teamfähigkeit und Kommunikations- und Verhandlungsgeschick runden das Profil ab.

Vielen Dank für das Gespräch!

Frau Dr. Maria Kordeva, Chaire de droit public, Centre Juridique Franco-Allemand, Université de la Sarre



Maria Kordeva est, depuis 2015, Fellow au Deutsches Institut für Öffentliche Verwaltung, Speyer, et, depuis 2017, assistante à la Chaire de droit public français de l'Université de la Sarre. Elle est avec Dr. Yoan Vilain Coordinateur du Collège doctoral franco-allemand en droit public comparé, européen et international.

Elle a rédigé une thèse de doctorat en cotutelle sous la direction de MM. les professeurs Olivier Jouanjan et Christoph Schönberger sur le thème « Le principe de séparation des pouvoirs en droit allemand : étude doctrinale et jurisprudentielle » qui a reçu le prix de thèse de l'Université de Strasbourg, le prix de thèse du Centre français de droit comparé et le prix de thèse Koch. Elle est titulaire d'un Master 2 en droit comparé obtenu en parcours EUCOR aux universités de Strasbourg, Bâle et Fribourg-en-Brisgau.

Vous êtes née en Bulgarie et vivez en France depuis 2004. Dans quelles circonstances avez-vous quitté la Bulgarie et pourquoi votre choix s'est porté sur la France ?

Le choix de la France, et plus particulièrement de Strasbourg cache une préhistoire. Ma première langue étrangère, que j'ai commencée à apprendre à l'âge de 5 ans, était en effet l'allemand, et pas le français. Trois fois par semaine pendant sept ans dans le plus ancien Institut de langues étrangères à Sofia. En Bulgarie, après la fin du collège, vous pouvez passer des épreuves de langue et littérature bulgares et de mathématiques afin d'être classé dans un lycée bilingue (allemand, français, anglais, italien...), où, à 13 ans, vous entrez dans une classe préparatoire qui vous assomme avec 21 heures par semaine de langue étrangère, puis 12 heures par semaine les quatre années restantes, accompagnées, en plus des enseignements habituels, de matières en français (biologie, chimie, géographie...). L'allemand est devenu alors une langue de fond, comme un *leitmotiv*, car j'ai continué à être, en parallèle de mon Lycée, élève privée ou extraordinaire du 91. Deutsches Gymnasium de Sofia. Pour obtenir un second diplôme, je devais donc chaque année, jusqu'à la terminale, préparer des examens en langue et littérature allemandes qui étaient très lourds (tout y est passé : du Moyen-Âge, par la *Romantik*, le *Sturm und Drang*, jusqu'à la période contemporaine). Il faut savoir que quand vous baignez dans l'atmosphère de ces établissements secondaires (publics !), cette expérience vous porte à continuer vos études supérieures dans un des pays de l'espace linguistique dont vous vous sentez intellectuellement proche. La plupart de mes amis étaient tout de même du côté allemand, et, moi, ayant cette double filiation linguistique et culturelle, j'hésitais un peu. J'ai choisi Strasbourg, car je connaissais la ville et

En 2004, vous vous êtes inscrite en Licence de droit à la faculté de droit de Strasbourg.

Quelle était à l'époque votre motivation pour embrasser des études de droit ?

son histoire, toujours double. Et me voici, à 18 ans, faisant le trajet Sofia-Strasbourg, où je me trouve encore 18 ans plus tard.

Si je n'avais pas choisi le Droit, peut-être que j'aurais été chercheur en physique ou bien philologue. Pourtant, c'est le Droit qui m'a inmanquablement attirée, alors que nous n'avons pas de juristes dans la famille, plutôt des amoureux des lettres ou des sciences techniques.

J'ai franchi le seuil de la Faculté de Droit de Strasbourg en 2004. Puis, très tôt, en 2005, j'ai su que je voulais aussi faire du droit allemand. C'est le destin, la providence, peu importe. C'était une rencontre et une évidence. Un peu plus tard, j'ai intégré un Master 2, toujours à Strasbourg, en partenariat avec les Universités de Bâle et de Fribourg-en-Brigau. Les cours étaient en allemand, le mémoire rédigé en français à Strasbourg. J'ai ensuite entamé une thèse en cotutelle, en français, mais portant sur le droit allemand.

Je ne saurais, encore aujourd'hui, expliquer ce qui s'est passé au moment où je me suis retrouvée en première année de Droit à Strasbourg. Ce sont les secrets des affinités électives. Le droit allemand, en particulier le droit public allemand, était un choix, mais aussi une intuition. Comme ces deux langues qui m'accompagnent depuis toujours et que je ne désigne jamais comme des langues étrangères. Elles font partie de mon identité. Quand je suis en Allemagne, on me dit souvent « *Ah, Du kommst aus Frankreich* », quand je suis en France, on me demande si je ne suis pas Allemande ou bien l'origine de mon léger accent, qui disparaît ou apparaît parfois au gré du niveau de fatigue, et quand je suis à Sofia, on me fait remarquer que, parfois, j'ai une intonation « étrange » lorsque je parle ma langue maternelle. Aujourd'hui, je suis partout chez moi, à Sofia, Strasbourg, Sarrebruck, Spire, Paris ou Berlin, et partout je suis identifiée comme apportant un élément venu « d'ailleurs ».

La Bulgarie a adhéré à l'Union européenne le 1^{er} janvier 2007, en même temps que la Roumanie dans le cadre de la 6^{ème} vague d'élargissement. Vous étiez alors inscrite en troisième année de Licence Droit et Études Européennes. Quels souvenirs gardez-vous de cette

C'était un grand moment pour tous les étudiants bulgares et roumains de ma génération, pour tous les Bulgares et Roumains. La Bulgarie est un petit pays, surtout en taille démographique (à peine 7 millions). À l'instar de la Roumanie, la période communiste a laissé une trace indélébile dans notre histoire. J'avais 11 ans lorsqu'à la fin de 1996 et au début de 1997, la Bulgarie a traversé la plus grande crise économique et politique de sa nouvelle histoire. Cette crise, née de la volonté d'en finir avec le Parti socialiste, l'héritier « moderne » des communistes, était telle que le 10 janvier 1997 les citoyens ont balayé les barrières entourant le bâtiment de l'Assemblée nationale en investissant les lieux. Le président nouvellement élu, entré en fonction un peu plus

période cruciale pour votre pays natal ?

tard, en renonçant à accepter la proposition communiste de gouvernement, a sauvé le pays d'un virage dangereux et d'un avenir incertain et sombre. J'ai une profonde reconnaissance pour les femmes et les hommes politiques de ces années-là qui ont mené à bien les processus d'adhésion à l'OTAN, en 2004, et à l'Union européenne, en 2007.

Aujourd'hui, en France ou en Allemagne, en entendant certains soutenir la thèse de la neutralité de l'Ukraine ou même des pays baltes, de la Pologne, de la République tchèque ou de la Hongrie, ou bien exprimer des doutes quant au choix politique qui a été fait, j'éprouve un sentiment de profonde incompréhension et de déception. Ces pays de l'ex-bloc communiste ont subi cinquante ans d'oppression, cinquante ans derrière le Rideau de fer pendant lesquels, après la débâcle de la Deuxième guerre mondiale, les États occidentaux ont pu restaurer leur économie et leur système politique. Il est facile de désigner du doigt notamment la Roumanie et la Bulgarie en insistant sur leur retard économique, sur les différences de salaire dans certains secteurs. En adoptant cette démarche, on occulte tout de l'histoire européenne de la seconde moitié du 20^e siècle et ce qui a été payé par ces États qui n'étaient rien d'autre qu'une zone de sécurité, un sas, entre l'URSS et le monde occidental, le monde libre. Cette attitude est comparable à certains comportements des *Wessi* à l'égard des *Ossi* après 1990. Nous ne voulions plus le Pacte de Varsovie, imposé, nous voulions le Pacte européen, car nous sommes Européens.

Ces pays, de l'Europe orientale, ont payé un lourd tribut, car ils se sont retrouvés du mauvais côté dans la répartition politique de l'Europe après 1945 et ont été abandonnés à leur triste sort. Quand les chars soviétiques sont entrés à Budapest en 1956, à Prague en 1968, il n'y a pas eu de manifestations massives en Europe occidentale. Il faut lire et relire Jan Patocka, Josef Skvorecky, Jan Zabrana, et tant d'autres, raconter l'histoire des camps de travail, comme Béléne, en Bulgarie, où l'on pouvait être envoyé sans jamais ressortir pour avoir écouté la radio *Free Europe*, l'histoire de l'Armée rouge qui a occupé la Bulgarie en septembre 1944 en provoquant un coup d'État sur instruction de Moscou. La conséquence : les exécutions sommaires de milliers d'intellectuels bulgares, de prêtres orthodoxes, de citoyens ordinaires qui ne voulaient pas de ce pouvoir sanglant, et étaient vus comme des « ennemis bourgeois ». En 2004, j'avais compris que, pour mes amis et collègues à la Faculté de Strasbourg, les frontières de ce qu'ils appelaient « Europe » s'arrêtaient au bord de l'Oder, et les enseignements scolaires en Histoire étaient, hélas, lacunaires. En 2007, un nouveau

Aujourd'hui, l'Ukraine est en guerre contre la Russie. Quelle est votre appréhension des craintes des pays d'Europe orientale face à une instabilité géopolitique croissante ?

chapitre a été ouvert. Cette « Europe » qui paraissait lointaine, enfermée, était enfin là.

L'invasion de la Russie en Ukraine nous a montré que les trente ans de construction démocratique européenne n'ont pas effacé les cinquante ans de pouvoir soviétique. J'ai des amis lituaniens, roumains, polonais, pour eux, pour moi, c'est un cauchemar. Je ne connais pas intimement la réalité ukrainienne, je sais bien que, dans certaines zones, des groupuscules inquiétants sont apparus.

Mais les motifs de cette guerre, brandis tel un étendard du monde selon Poutine, ne résistent pas vraiment à un examen rationnel.

On assiste à une guerre de la désinformation ; certaines voix s'élèvent pour nous expliquer qu'il existerait aussi une propagande ukrainienne qui ferait endosser des crimes de guerre aux forces armées russes. Je leur réponds : très bien, mais si les forces armées russes n'avaient pas foulé le sol ukrainien le 24 février, il n'y aurait eu nul besoin de les accuser de quelque crime que ce soit.

Tous les États de l'ex-bloc communiste ont peur. Car nous connaissons bien les méthodes de l'URSS « nouveau format ». Ce n'est pas un hasard si les premiers pays coupés du gaz russe sont la Bulgarie et la Pologne. Je comprends difficilement les discours qui, encore, essaient de justifier cette agression, cette guerre : l'Ukraine aurait heurté la sensibilité russe à cause de sa volonté d'adhérer à l'OTAN et l'Union européenne, alors qu'elle aurait dû rester neutre. Alors nous souhaitons encore un État qui se sacrifie pour former une zone de sécurité entre le monde européen d'un côté et l'oppression de l'autre ? Connaissions-nous cet État ? Celui qui a été victime de l'Holodomor, de la guerre, du régime stalinien.

Je ne me suis jamais identifiée ou sentie comme Européenne de l'Est. Mais depuis deux mois, je sens la nécessité impérieuse de m'identifier comme telle. Remettre en question la volonté des pays de l'Est d'adhérer et de se maintenir dans l'OTAN, ce n'est ni plus, ni moins les infantiliser et nier leur capacité plénière à disposer d'eux-mêmes. Si l'Ukraine n'a pas eu la chance d'adhérer à l'OTAN, j'espère au moins qu'elle fera bientôt partie de l'Union européenne dont la devise n'est pas « Désunie dans l'adversité », mais bien « Unie dans la diversité ». Le bouclier politique, le seul qui reste, est important. Mais je suis contre le rejet de la culture, de la littérature russe. Je maîtrise moi-même la langue russe, et je crois que c'est une richesse de lire cette littérature mondiale dans la langue source. Nous ne pouvons pas rejeter Tchekhov, Tolstoï, Dostoïevski, Tsvetaïeva, Nabokov, Boulgakov

ou Pasternak. Nous ignorons alors encore une fois l'histoire européenne et le destin tragique de beaucoup d'intellectuels russes. Combien ont fui à cause de la terreur du régime. Et combien n'ont pas pu fuir et ont parfois payé de leur vie. Il convient d'éviter les amalgames.

Mon endroit préféré dans ma ville natale, Sofia, s'appelle le « Carré de la tolérance », en plein centre-ville. S'y trouvent, à quelques pas l'une de l'autre, une grande église orthodoxe, la plus grande synagogue du Sud-Est européen, une mosquée du 16^e siècle et une cathédrale catholique. Sous nos pieds, dans ce « Carré », visibles sous d'épais verres sur lesquels les Sofiotes adorent se promener, les ruines de la ville antique de Serdica. À côté, les bâtiments de type stalinien, où logent la Présidence, le Conseil des ministres et la Cour constitutionnelle. On s'y sent intemporel et en paix. J'aimerais qu'on se sente ainsi partout en Europe : en Ukraine ou ailleurs.

Merci pour l'entretien !

■ Lesenswertes

André Howe, Die fehlerhafte Personengesellschaft im deutschen und französischen Recht, Tectum Verlag (Nomos Verlagsgesellschaft) 2022, 322 Seiten

von Dr. Konstanze Brieskorn, Paris/Berlin

Dr. André Howe, derzeit als Rechtsanwalt im Bereich Gesellschaftsrecht und allgemeines Zivilrecht bei DDC Rechtsanwälte in Berlin tätig, schrieb von 2017 bis 2021 seine Dissertation zum Thema „Die fehlerhafte Personengesellschaft im deutschen und französischen Recht“ bei Herrn Prof. Dr. Tilman Bezenberger an der Universität Potsdam, wo der Autor auch das dortige Deutsch-Französische Studienprogramm der Rechtswissenschaften in Kooperation mit der Universität Paris-Nanterre absolvierte.

Mit seiner Arbeit legt der Autor eine sehr eingehende und ausgewogene vergleichende Studie der Rechtsfigur der fehlerhaften Personengesellschaft im deutschen und im französischen Recht vor, die auch belegt, welchen Einfluss beide Rechtsordnungen aufeinander haben. Bei der fehlerhaften Personengesellschaft handelt es sich um eine Tatsache, für die eine adäquate rechtliche Lösung benötigt wird, sowohl für ihre Wirkung nach außen hin, Dritten gegenüber, als auch für die Wirkungen zwischen den (faktischen) Gesellschaftern. Die allgemei-

nen Regeln über die anfängliche Unwirksamkeit von Rechtsgeschäften mit der Folge einer rückwirkenden Vernichtung des unwirksamen Rechtsgeschäfts sind in diesem Zusammenhang nur bedingt tauglich, um den Besonderheiten einer in Vollzug gesetzten, aber rechtlich unwirksamen Gesellschaft und den Bedürfnissen des Rechtsverkehrs gerecht zu werden.

Der Autor untersucht die verschiedenen spezifischen Lösungsansätze des deutschen und des französischen Rechts für die mit der fehlerhaften Personengesellschaft verbundenen Probleme aus rechtsvergleichender Perspektive in fünf Kapiteln.

Das erste Kapitel legt das theoretische Fundament der Arbeit und ist der anfänglichen Unwirksamkeit von Rechtsgeschäften, ihren Gründen, ihrer Geltendmachung und ihren Rechtsfolgen gewidmet. Die hier herausgearbeiteten Ergebnisse werden sodann im 2. Kapitel auf die anfängliche Unwirksamkeit des Gesellschaftsvertrages übertragen und die Problemstellung der Existenz der fehlerhaften Gesellschaft als Tatsache herausgearbeitet, mit der es rechtlich umzugehen gilt. Die Lösungsansätze des deutschen und des französischen Rechts und ihre Entwicklung über die Zeit sind sodann Gegenstand des 3. Kapitels, gefolgt von einer ausführlichen Auseinandersetzung mit der dogmatischen Herleitung und Begründung dieser Ansätze in beiden Rechtsordnungen in Kapitel 4.

In seiner zusammenfassenden Schlussbetrachtung des letzten Kapitels stellt der Autor die Ansätze der dogmatischen Herleitung im deutschen und im französischen Recht nochmals übersichtlich zusammen und arbeitet die kleinen, aber bedeutsamen Unterschiede der verschiedenen Ansätze sehr präzise heraus. Insgesamt eröffnet der Band für Lehre und Praxis einen interessanten Einblick aus vergleichender Perspektive auf eine höchst praxisrelevante, in ihren dogmatischen Ansätzen jedoch nicht leicht zugängliche Rechtsmaterie. Die strukturierte Vorgehensweise und der klare Stil des Autors erleichtern diesen Zugang erheblich.

Literaturhinweise BIJUS

von Dr. Maria Kordeva, Strasbourg/Sarrebruck



Anne Jacquemet-Gauché, *Droit administratif allemand*, PUF, coll. Thémis, 2022, 572 Seiten

S'inscrivant dans une ancienne tradition d'ouverture aux droits administratifs étrangers, mais tombée en désuétude depuis quelques décennies, cet ouvrage propose une vision d'ensemble et synthétique du droit administratif allemand. Sont évoqués l'histoire du droit et de la science du droit administratif, les grandes notions de la matière, les institutions publiques, la procédure administrative, le contentieux administratif et le droit matériel, incluant de manière inédite des pans du droit administratif spécial.

Le droit allemand est présenté dans une perspective française, ce qui conduit notamment à la volonté de désamorcer d'éventuelles confusions pour le lecteur en lui donnant des repères à partir du droit français, à expliciter les choix de traduction et à proposer un glossaire détaillé en fin d'ouvrage. Pour les plus initiés, plusieurs réflexions sont livrées, aussi bien sur le droit allemand que sur le droit administratif français. *In fine*, cet ouvrage conduit à s'interroger plus généralement sur les éléments qui forgent l'identité du droit administratif et sur la persistance de cultures juridiques propres à chacun de ces deux États à l'heure de l'intégration européenne.

Thomas Kadner Graziano, *Der „Vertrag mit Schutzwirkung für Dritte“ im französischen Recht – Auf dem Weg zu einer Annäherung zwischen französischem und deutschem Recht?* *Zeitschrift für Europäisches Recht*, Heft 1, 2022, S. 198-219.

Gemäß Art. 1240 des französischen *Code civil* verpflichtet jede Handlung eines Menschen, welche einer anderen Person Schaden zufügt, denjenigen zum Ersatz, der den Schaden schuldhaft verursacht hat. Verletzt eine Vertragspartei eine vertragliche Pflicht und fügt hierdurch einem Dritten Schaden zu, so kann dies eine unerlaubte Handlung gegenüber dem Dritten darstellen. Legt der Dritte einen Kausalzusammenhang zwischen dem Vertragsbruch und dem erlittenen Schaden dar, so muss er nicht zusätzlich dartun, dass in der Vertragsverletzung zugleich die Verletzung einer allgemeinen, gegenüber jedermann bestehenden deliktischen Pflicht liegt.

In einem Urteil von 2006 (*Boot shop* oder *Myr'ho*) hatte die *Assemblée plénière* der *Cour de cassation* geurteilt, dass „ein Dritter, der nicht

selbst Vertragspartei ist, sich auf der Grundlage der deliktischen Haftung auf eine Vertragsverletzung berufen kann, wenn ihm durch diese Verletzung ein Schaden entstanden ist“. Auf diese Weise bestätigte die *Cour* eine Rechtsprechungslinie, nach welcher eine Person, die durch die Verletzung eines Vertrages, an dem sie nicht beteiligt war, einen Schaden erleidet, von derjenigen Vertragspartei, die für die Vertragsverletzung verantwortlich ist, Schadensersatz aus unerlaubter Handlung verlangen kann. In der Literatur wurde kritisiert, diese Rechtsprechung weite die Vertragshaftung über Gebühr auf Dritte aus und verletze so das Prinzip der Relativität von Vertragsverhältnissen (*le principe de l'effet relatif des contrats*), das auch in Frankreich gilt. Diese Diskussionen haben zu dem im Aufsatz erörterten Urteil der *Cour de cassation* geführt. Ausgangspunkt des Urteils vom Januar 2020 im Fall *Sucrerie de Bois rouge* ist die Feststellung der *Assemblée plénière*, die *Cour de cassation* vertrete seit langem die Auffassung, dass die Klage eines vertragsfremden Dritten, der durch eine Vertragsverletzung einen Schaden erleidet, eine deliktische Grundlage hat. Diese Rechtsprechung verfolge das Ziel, die Entschädigung einer vertragsfremden Partei zu erleichtern, die durch die Nichterfüllung vertraglicher Pflichten geschädigt wurde, auch wenn die vertragsbrüchige Partei weder eine spezielle deliktische Sorgfaltspflicht gegenüber der vertragsfremden Partei verletzt habe noch die allgemeine deliktische Pflicht, andere nicht zu schädigen. Die *Assemblée plénière* bezieht sich ausdrücklich auf die Regelung im *Code civil*, wonach Verträge nur Wirkung zwischen den Vertragsparteien entfalten, sie Dritten keinen Schaden zufügen dürfen und sie Dritte nur in vom Gesetz ausdrücklich vorgesehenen Ausnahmefällen begünstigen.

Klärt die *Assemblée plénière* der *Cour de cassation* eine grundsätzliche Rechtsfrage, so hat dies für sämtliche Gerichte in Frankreich verbindliche Wirkung. Diejenigen Gerichte, welche die Rechtsprechungslinie aus dem Jahre 2006 in den letzten Jahren kritisch gesehen haben, müssen ihren Kurs damit korrigieren.

Vom deutschen Grundsatz, dass Dritte einen Ersatzanspruch nicht auf die Verletzung eines Vertrages stützen können, an dem sie nicht beteiligt waren, werden im deutschen Recht Ausnahmen gemacht, welche die Distanz zum französischen Recht reduzieren. In dem Fall *Sucrerie de Bois* von 2020 wäre aus deutscher Sicht zum einen an die Figur der Drittschadensliquidation zu denken. Sie kommt zum Einsatz, wenn ein Schaden, der typischerweise beim Vertragspartner eintritt, aufgrund eines Rechtsverhältnisses zwischen diesem und einem Dritten stattdessen bei dem Dritten eintritt. Zum anderen ist aus deutscher Sicht an das Institut des Vertrages mit Schutzwirkung für Dritte zu denken, wonach dem geschädigten Dritten tatsächlich ausnahmsweise ein eigener vertraglicher Anspruch zustehen kann.

J. Ernst Degenhardt, Die Reform des französischen Insolvenzrechts zur Umsetzung der europäischen Restrukturierungsrichtlinie – Annäherung des deutschen und französischen Insolvenzrechts? Neue Zeitschrift für Insolvenz- und Sanierungsrechts, Heft 6, 2022, S. 201-205.

Der französische Gesetzgeber hat mit Verordnung (*ordonnance*) vom 15. September 2021 gemäß Art. 38 der französischen Verfassung das Insolvenzrecht erneut reformiert, insbesondere, um die Richtlinie (EU) 2019/1023 vom 20. Juni 2019 über präventive Restrukturierungsrahmen (Restrukturierungsrichtlinie) umzusetzen. Hierbei hat er sich nicht auf die Schaffung eines Restrukturierungsrahmens und Anpassung der Regelungen zum Neustart beschränkt, sondern auch die meisten der anderen bestehenden Verfahrenstypen mehr oder weniger reformiert, ohne jedoch die bestehende Architektur des französischen Insolvenzrechts grundlegend zu ändern. Zunächst ist jedoch zu erwähnen, dass die Reform sich auch auf die – durch Art. 3 Restrukturierungsrichtlinie geforderten, in Frankreich jedoch schon seit langem vorhandenen – Frühwarnsysteme erstreckt, indem sie eine auf Grundlage des „Notstandsgesetzes zur Bewältigung der Covid-19 Epidemie“ vom 23. März 2020 (Covid-Gesetz) erlassene – jedoch zeitlich befristete – Regelung zur noch frühzeitigeren Einleitung der Frühwarnung durch die Abschlussprüfer (*commissaires aux comptes*) nun zu einer dauerhaften Regelung macht (Art. L.611-2-2 *Code de commerce*).

Ein weiteres in der Praxis wichtiges Frühwarnsystem besteht darin, dass die Präsidenten der Handelsgerichte Unternehmensleiter zu einer Besprechung ins Gericht laden dürfen, wenn aus irgendeiner Rechtshandlung, einem Dokument oder Verfahren hervorgeht, dass das Unternehmen Schwierigkeiten hat, die seine Fortführungsperspektive in Frage stellen könnten. Im Rahmen dieser Besprechung sollen Maßnahmen erörtert werden, die geeignet sind, die Entwicklung wieder umzukehren und die Krise zu beheben. Bisher konnte der Gerichtspräsident nur im Anschluss an eine solche Besprechung oder im Falle des Nichterscheinens des Unternehmensleiters von den Abschlussprüfern des betreffenden Unternehmens, den Belegschaftsvertretern, Behörden, Sozialversicherungsträgern und der Zentralstelle für die Ermittlung von Kreditrisiken der Nationalbank (*Banque de France*) Auskunft über das Unternehmen verlangen. Die Verordnung vom 15. September 2021 gewährt dieses Informationsrecht nun sinnvollerweise bereits ab der Versendung der Ladung an den Unternehmensleiter (Art. L.611 Abs. I Unterabs. 2 *Code de commerce*).

Dem französischen Gesetzgeber ist es gelungen, die Restrukturierungsrichtlinie in die bestehenden französischen Insolvenzverfahrenstypen zu integrieren, ohne hierfür einen neuen Verfahrenstyp zu schaffen oder die Architektur der bestehenden Verfahren grundlegend zu ändern. Dies ist darauf zurückzuführen, dass in Frankreich bereits seit 2005 präventive Verfahren und seit 2014 ein allein der Entschuldung

und dem unternehmerischen Neustart dienendes Verfahren existieren.

Damit konnten sich die grundlegendsten Reformmaßnahmen weitgehend auf die Einführung von Gläubigergruppen und eines Cross-class cram-downs beschränken, wobei mittels letzteren auch Eingriffe in die Rechte der Anteilseigner möglich sind. Deren praktische Relevanz dürfte jedoch auf große Verfahren begrenzt bleiben, da Gläubigergruppen erst ab Erreichung entsprechender Größenkriterien gebildet werden müssen, und – unabhängig hiervon – im beschleunigten Sanierungsverfahren, das aber, obwohl seit 2014 existierend, bisher nur selten eröffnet wurde.

Die von den Regierungen Deutschlands und Frankreichs zum Ziel erklärte Annäherung des deutschen und französischen Insolvenzrechts ist daher nicht mit „Siebenmeilenstiefeln“ erfolgt, zumal in Frankreich der Erhalt sanierungsfähiger Unternehmen und deren Arbeitsplätze nach wie vor Hauptverfahrensziel des Sanierungs- und des Reorganisationsverfahrens ist – vor der Befriedigung der Gläubiger.

■ Neue Perspektiven

Stellenausschreibung Juristischer Mitarbeiter m/w/d

Im Mittelpunkt unserer Aufmerksamkeit steht immer der Mensch.
Egal ob Privatperson oder Unternehmen:
die Anliegen unserer Mandanten zählen vermutlich zu den wichtigsten Entscheidungen in deren Leben.

Deswegen betrachten wir jeden Vorgang mit äußerster Genauigkeit und Sorgfalt, um unseren Mandanten zu einem maßgeschneiderten "rechtlichen Kleid" für deren Situation mit Brief und Siegel zu verhelfen.

Wenn auch Sie Lust haben, diese Lebensbereiche unserer Mandanten mit zu gestalten, sind Sie bei uns richtig!

Zur Verstärkung meines mittelgroßen Teams (derzeit 11 Angestellte und eine Auszubildende) suche ich eine(n) motivierte(n) Juristen(n) (m/w/d) in Voll- oder Teilzeit (mindestens 32 Std./Woche) zum nächstmöglichen Zeitpunkt für eine langfristige Zusammenarbeit.

Ihr Profil

Sie haben Ihr erstes Staatsexamen erfolgreich bestanden oder sind sogar Volljurist (m/w/d), sprechen Französisch sowie idealerweise Englisch. haben ein ausgeprägtes Interesse am Zivilrecht und sind auf der Suche nach einer höchst abwechslungsreichen juristischen Herausforderung abseits des Anwaltsberufs?

Ihre Aufgaben

Sie werden mich im Kerngeschäft des Notariats unterstützen, d.h. nach entsprechender Einarbeitung Mandanten eigenständig rechtlich beraten, mit Gerichten und Behörden korrespondieren und als Grundlage für Beurkundungen Vertragsentwürfe erstellen. Sie betreuen die französische Mandantschaft.

Die Besonderheit Ihres Arbeitsplatzes und meines Notariats ist die Nähe zu Frankreich, Straßburg und dem europäischen Parlament. Das gilt sowohl räumlich: unmittelbar am Rhein gelegen, den Straßburger Münster in Sichtweite, 3 Minuten Fußweg zur nächsten Haltestelle der Straßburger Tram, als auch inhaltlich: Französisch ist die zweite Verkehrssprache vor Ort, das französische Gesellschafts- Erb- und Familienrecht spielt im notariellen Alltag eine bedeutende Rolle, ehrenamtliche Mitarbeit beim Europäischen Verbraucherschutzzentrum. Sie könnten im wunderschönen Straßburg leben und im Herzen Europas arbeiten.

Ich biete Ihnen

- eine attraktive Vergütung mit zusätzlichen Extraleistungen
- ein ausgezeichnetes Arbeitsklima in einem großzügigen Büro
- die Tätigkeit in einem kollegialen, freundlichen und engagierten Team
- ein interessantes und breit aufgestelltes Aufgabengebiet
- viel Raum und Unterstützung zur fachlichen Weiterbildung auch mit externen Seminaren
- flexible Arbeitszeit
- einen modern ausgestatteten Arbeitsplatz in Kehl, direkt am Rhein, am Tor zu Straßburg, mit kurzen Wegen nach Karlsruhe, Offenburg und Freiburg

- gute Anbindung zu öffentlichen Verkehrsmitteln, Bahnhof und Straßenbahn in 5 min fußläufig zu erreichen
- finanzielle und praktische Unterstützung bei der Wohnungssuche bzw. Umzug

Ihre Bewerbung wird selbstverständlich diskret behandelt.

Ich freue mich auf Ihre Bewerbung per Mail an:

bewerbung@notar-schaefer-kehl.de

oder per Post an Notar Benjamin Schäfer, Personalabteilung, Hafenstr. 3, 77694 Kehl

Qivive Avocats & Rechtsanwälte

ist mit knapp 30 Anwäl:innen nicht nur eine der führenden Kanzleien in der deutsch-französischen Rechtsberatung.

Wir sind auch als **attraktiver Arbeitgeber** mit einem **sehr frischen** und **entspannten Umgang**, **humanen Arbeitszeiten**, einer **sehr hohen Life-Work-Balance** und vieles mehr bekannt (<https://www.qivive.com/de/karriere/uebersicht>).

Wir suchen für unsere Standorte Köln, Paris und Lyon (Du hast die Wahl 😊) sehr nette und sehr gute

AnwältInnen (m/w/d) im französischen Arbeitsrecht

und

AnwältInnen (m/w/d) im französischen Steuerrecht.

Wir freuen uns auf Deine Bewerbung!



Dr. Christophe Kühl | Rechtsanwalt | Avocat au Barreau de Paris
+49 221 139 96 96 0 | +33 1 81 51 65 58 | [qivive.com](https://www.qivive.com)
Köln | Paris | Lyon

Die **Aareon AG**, ein Softwareunternehmen für die Immobilienwirtschaft in Europa sucht

eine/n frankophile/n **Jurist (m/w/d) Datenschutz**

gerne mit Erfahrung im Datenschutz und Auslandsstudium, aber auch Berufseinsteiger.

Sitz in Mainz/Rheinland-Pfalz (D).

Weitere Einzelheiten finden Sie in der Stellenanzeige

<https://aareon.csod.com/ux/ats/careersite/4/home/requisition/268?c=aareon>



Villa Europa - Kohlweg 7
66123 Saarbrücken (DE)
www.dfh-ufa.org

Die Deutsch-Französische Hochschule (DFH) sucht für ihr Generalsekretariat in Saarbrücken

einen Juristen (m/w/d) in Teilzeit (50%)

Die Stelle ist zum nächstmöglichen Termin zu besetzen.

Ihr Aufgabenbereich umfasst u. a.:

- Vertragsprüfungen, Erstellung und Verhandlung von Verträgen aus allen Tätigkeitsbereichen der DFH
- Nachverfolgung und Durchführung der Anpassungen und Aktualisierungen von Verträgen und rechtlich relevanten Dokumenten auch im Hinblick auf die Digitalisierung der internen und externen Verfahrensabläufe unter Berücksichtigung der anwendbaren und geltenden rechtlichen Bestimmungen
- Juristische Beratung der Hochschulleitung, des Generalsekretariats sowie einzelner Referate bei rechtlichen Fragestellungen
- Prüfung interner und externer Sachverhalte auf rechtliche Relevanz, Ausarbeitung von Vorschlägen zur Entscheidungsfindung und -kommunikation und Unterstützung bei der Erstellung juristisch relevanter Korrespondenz

Ihr Profil:

- Abgeschlossene juristische Hoch-/Fachhochschulausbildung
- Erste juristische Berufserfahrung, z. B. in einer internationalen Organisation, einer deutsch-französischen Kanzlei, in der Rechtsabteilung eines internationalen Unternehmens oder auch in der öffentlichen Verwaltung sind von Vorteil
- Erfahrungen im privaten und öffentlichen Vertragsrecht, verbunden mit einem generalistischen Ansatz sowie der Fähigkeit und dem Interesse, sich in neue Sach- und Rechtsgebiete gewissenhaft und genau einzuarbeiten und Lösungsvorschläge zu entwickeln
- Flexibilität und Fähigkeit zu selbstständigem Arbeiten
- Sicherer Umgang mit den gängigen Office-Programmen
- Kenntnisse der deutschen und französischen Arbeitskultur
- Sehr gute Deutsch und Französisch-Kenntnisse idealerweise auf muttersprachlichem Niveau mit guten redaktionellen Fähigkeiten
- Gute Englischkenntnisse

Vergütung / Dauer der Einstellung:

Die Vergütung erfolgt nach Entgeltgruppe 10 TVöD (Bund). Die Stelle ist zunächst auf 2 Jahre befristet. Unter bestimmten Voraussetzungen ist danach eine Entfristung vorgesehen.

Fühlen Sie sich angesprochen?

Ihre aussagekräftige Bewerbung auf Deutsch oder Französisch mit beigefügtem Lebenslauf und Zeugnissen senden Sie bitte bis zum **28.04.2022**, ausschließlich per E-Mail an stellenangebot@dfh-ufa.org (Betreff: **Stelle Jurist (m/w/d)**)

Unsere Datenschutzbestimmungen finden Sie unter folgendem Link:

<https://www.dfh-ufa.org/datenschutz/>



Rechtsanwalt (m/w/d)

im Wirtschaftsrecht (in Vollzeit)

Wer wir sind

DS GRANER & Partner mbB Rechtsanwälte Avocats – deutsch-französisches Savoir-faire seit 1980. DS ist auch das Know-how von 400 Rechtsexpert*innen, die in 26 Büros auf 4 Kontinenten arbeiten. Unser Team verbindet die langjährige Berufserfahrung der Seniorpartner mit der Energie und der Vision der jüngeren Mitarbeiter*innen.

Wir zeichnen uns aus durch Professionalität, Zuverlässigkeit und Seriosität. Zu unseren Mandanten gehören national und international tätige Unternehmen, Banken und Versicherungsgesellschaften, die wir insbesondere im internationalen Kauf-, Arbeits-, Handels- und Gesellschafts- sowie Insolvenzrecht begleiten.

Verstärken Sie unser Team, entfalten Sie bei uns Ihre Fähigkeiten und gestalten Sie mit uns die **Zukunft!**

Sie werden

- nach Einarbeitung vielfältige Aufgaben im internationalen Wirtschaftsrecht erhalten
- direkten Mandantenkontakt und Mandatsverantwortung haben

Wer Sie sind und was Sie mitbringen

- abgeschlossene juristische Staatsexamina
- gute Englisch- und Französischkenntnisse. Weitere Sprachkenntnisse sind wünschenswert, aber keine Voraussetzung
- neugieriger, engagierter Teamplayer mit Begeisterung für den Anwaltsberuf
- erste Erfahrung oder gerne Berufseinsteiger

Wir bieten Ihnen

- spannende Mandate in einem internationalen Arbeitsumfeld
- individuelle Förderung durch Fortbildung, flache Hierarchien und offene Türen
- einen modern ausgestatteten Arbeitsplatz mit guter Verkehrsanbindung
- Work-Life-Balance und familienfreundliche Atmosphäre

Werden Sie Teil unseres Teams!

Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung unter Angabe Ihrer Gehaltsvorstellungen und Ihres frühestmöglichen Starttermins per E-Mail an: karriere@ds-graner.com

DS GRANER & Partner mbB Rechtsanwälte Avocats

Griegstraße 27 B
70195 Stuttgart

www.ds-graner.com • karriere@ds-graner.com



Wir suchen...

Das luxemburgische Büro von Hogan Lovells bietet eine Stelle als Mitarbeiter/in mit 1 bis 4 Jahren Erfahrung im Bereich Kapitalmärkte und Bankwesen an.

BESCHREIBUNG

Associate Kapitalmärkte und Bankwesen

Als zukünftiges Mitglied unseres luxemburgischen Kapitalmarkt- und Bankenteams wird der Bewerber an einem breiten Spektrum von grenzüberschreitenden Transaktionen arbeiten und führende Kunden beraten, darunter Finanzinstitute, Fonds, Investmentbanken, öffentliche Einrichtungen, Unternehmen aus verschiedenen Industriezweigen und Private-Equity-Firmen.

Diese Stelle umfasst folgende Aufgaben :

- Erstellung, Überprüfung und Verhandlung von Finanzdokumenten und Rechtsgutachten im Zusammenhang mit Konsortialkrediten, Immobiliengeschäften, Fonds- und Vermögensfinanzierungen, Übernahmen und Schuldenumstrukturierungen.
- Verwaltung und Koordination verschiedener Aspekte bei Kapitalmarkt- und Kredittransaktionen.
- Strukturierung, Unterstützung und Beratung bei Verbriefungsgeschäften und strukturierten Finanzierungen.
- Unterstützung bei verschiedenen Fremdkapitalmarkttransaktionen und Wertpapieremissionen sowie bei Fragen der Börsennotierung.
- Beratung zu regulatorischen und anderen Aspekten von Finanz- und Kapitalmarkttransaktionen.
- Teilnahme an Präsentationen, juristischen Veröffentlichungen sowie an Kundengesprächen.

BESCHREIBUNG DER KANZLEI

Hogan Lovells ist eine der weltweit führenden Anwaltskanzleien. Unsere unverwechselbare Marktposition beruht auf dem außergewöhnlichen Umfang unserer Erfahrung, unserer umfassenden Branchenkenntnis und unserem weltweiten Ansatz des "einzigartigen Teams". Hogan Lovells entstand aus dem Zusammenschluss zweier großer internationaler Anwaltskanzleien und verfügt über mehr als 40 Büros in Asien, Europa, Lateinamerika, dem Nahen Osten und den USA. Dank unserer Präsenz auf den wichtigsten Finanz- und Handelsmärkten der Welt sind wir gut positioniert, um unseren lokalen und internationalen Mandanten eine hervorragende, geschäftsorientierte Beratung zu bieten. Unsere Mitarbeiter sind der Schlüssel zu unserem Erfolg. Deshalb sind wir bestrebt, in allen Regionen unseres globalen Netzwerks die talentiertesten Mitarbeiter zu rekrutieren und zu halten.

- 2 -

Die Kanzlei bietet außerdem im Rahmen regelmäßiger Gelegenheiten Praktika in allen Bereichen des Kanzleinetzwerks an (Kapitalmärkte und Bankwesen, Unternehmen, Steuern, Fonds und Regulierung).

**ERWARTETE
KOMPETENZEN UND
ERFAHRUNGEN**

- Master in Rechtswissenschaften (oder ähnlicher Abschluss), ein LL.M. wird als Vorteil angesehen.
- Zulassung zu einer europäischen oder zu der luxemburgischen Anwaltskammer.
- Einschlägige Berufserfahrung von 1 bis 4 Jahren.
- Beherrschung der englischen Sprache und vorzugsweise der französischen Sprache. Die Beherrschung einer anderen Sprache wie Deutsch und/oder Luxemburgisch wird als Vorteil betrachtet.
- Ein freundlicher, dynamischer und proaktiver Mitarbeiter mit Teamgeist und guten Kommunikationsfähigkeiten.
- Starke analytische Fähigkeiten, die Fertigkeit, komplexe Sachverhalte zusammenzufassen und praktische Ratschläge und Lösungen zu geben.
- Gutes Organisationstalent und die Fähigkeit, mehrere Dossiers gleichzeitig zu bearbeiten.
- Ein ausgeprägtes Verantwortungsbewusstsein und Engagement für die Bereitstellung von qualitativ hochwertiger Beratung und Dienstleistungen für unsere Kunden.

VORTEILE

- Ein attraktives Gehaltspaket
- Beratung von hochrangigen Mandanten in Dossiers, über die viel berichtet wird
- Teil eines internationalen Teams in einer internationalen Kanzlei zu sein, die an multijurisdiktionalen Transaktionen beteiligt ist.
- Ein unternehmerisches Umfeld, in dem Sie vom ersten Tag an Ihren Beitrag leisten und etwas bewirken können.
- Attraktive Karriere- und Entsendungsmöglichkeiten.
- Qualitativ hochwertige Schulungen in einem internationalen Umfeld.
- Eine Kultur, die sich auf Teamarbeit und Zusammenarbeit in einem multikulturellen Umfeld mit einer Politik der Chancengleichheit konzentriert.
- Ein anregender, einladender und sehr freundlicher Arbeitsplatz mit direktem Zugang zum Stadtzentrum und in der Nähe von zahlreichen Einrichtungen.
- Programme für Heimarbeit

Bitte senden Sie uns einen Lebenslauf, um das Bewerbungsverfahren einzuleiten. Wir ermutigen Sie außerdem, ein Motivationsschreiben beizufügen, in dem Sie uns mitteilen, warum Sie an dieser Stelle interessiert sind.

Um sich zu bewerben, füllen Sie bitte das [Online-Bewerbungsformular](#) aus oder senden Sie eine E-Mail an unser Rekrutierungsteam in Luxemburg unter luxrecruitment@hoganlovells.com.



Frankophile Unternehmensjuristin* DE/FR

Gesucht wird eine frankophile Unternehmensjuristin, die bereit ist, die leitenden Führungskräfte des SHS-Konzernverbundes in rechtlichen Fragestellungen, insbesondere auf den Gebieten des deutschen und französischen Gesellschafts- und Handelsrechts, bei M&A Transaktionen sowie des allgemeinen Vertragsrechts zu beraten und damit den Schwerpunktbereich „Integration Saarstahl Rail und Saarstahl Ascoval“ zu verstärken.

** Aufgrund der Lesbarkeit des Textes verwenden wir die weibliche Form. Selbstverständlich sind für die Besetzung der Position das Geschlecht, die Religionszugehörigkeit, die Gestattung und Behinderungen gleichwertig. Hauptsache, es passt.*

Die SHS – Stahl-Holding-Saar

„Wunder müssen gemacht werden.“ – das ist ein Satz des Geschäftsführers und Vorsitzenden, der den Zukunftskurs der Unternehmung unterstreicht.

Die SHS ist der größte Anteilseigner der saarländischen Stahl-industrie und bündelt als Managementholding die wesentlichen Beteiligungen. Saarstahl AG und die Aktiengesellschaft der Dillinger Hüttenwerke mit ihren mehr als 13.000 Beschäftigten sind noch immer der größte Industriearbeitgeber des Landes. Mit innovativen Produkten und intelligenten Technologien trägt der Unternehmensverbund dazu bei, Antworten auf globale Herausforderungen der Mobilität, Energieeffizienz und Sicherheit zu finden. Die grüne Transformation der Industrie ist ein politisch und gesellschaftlich formulierter Wunsch in Europa, diesen gilt es unternehmerisch mit zu gestalten. So investiert die Gruppe nachhaltig und kontinuierlich in zukunftsweisende Maßnahmen und ist sich ihrer Möglichkeiten an der grünen Transformation der Industrie bewusst. Mit der Übernahme eines Schienen- und Elektrostahlwerks in Frankreich treibt die Unternehmensgruppe den ökologischen Wandel im Bereich der nachhaltigen Mobilität spürbar voran. Die Integration der beiden französischen Werke in Hayange (Saarstahl Rail) und Saint-Saulve (Saarstahl Ascoval) in das Produktionsnetzwerk der Saarstahl-Gruppe bildet einen wesentlichen Baustein in der Unternehmensstrategie.

Die Rechtsabteilung

In der typischen Struktur einer Holding, mit ihren begrenzten personellen Ressourcen, laufen in der Rechtsabteilung alle Fäden zusammen, wenn es um die juristischen Belange in den Gesellschaften geht. Die Rechtsabteilung ist mit ihren sieben Mitarbeitenden in den juristischen Themen der gefragte Ansprechpartner für die Vorstände und Geschäftsführer. Die sieben Juristen und Juristinnen sind auf einen deutschen und einen französischen Standort verteilt und werden von vier Kolleginnen bei ihren Tätigkeiten unterstützt. Das Tagesgeschäft wird durch die Vielseitigkeit der Themenstellungen geprägt und wird von den Experten versiert bewältigt. Hier stehen im Wesentlichen Fragestellungen aus den Gebieten des deutschen und französischen Gesellschafts- und Handelsrechts sowie des allgemeinen Vertragsrechts im Vordergrund. Es gilt u.a. Konzeptionen zu Liefer- und Leistungsverträgen sowie Gesellschafterverträgen bereitzustellen und bei gesellschafts-rechtlichen Fragestellungen im M&A-Bereich zur Verfügung zu stehen.

Für internationale Fragestellungen setzt man auf die Unterstützung von externen Rechts-anwaltskanzleien. Mit diesen gilt es vertrauensvoll zusammenzuarbeiten.

Die Aufgaben der neuen Unternehmensjuristin sind somit vielfältig und weitreichend. Sie berichtet direkt an den Leiter Recht und bildet für ihn eine wertvolle Stütze in den deutsch-französischen Bereichen.

10.02.2022

www.uequadrat.de

Exposé Unternehmensjuristin* DE/FR



Damit sollte die „Unternehmensjuristin“ ausgestattet sein:

- Idealerweise hat sie erfolgreich ein Jurastudium im deutschen Recht (2. Staatsexamen) mit gutem Erfolg und vorzugsweise im französischen Recht (ggf. Licence 3, möglichst Master 2/DJCE) absolviert.
- Die Schwerpunkte im Studium lagen im Wesentlichen im Gesellschaftsrecht.
- Vorzugsweise hat sie in den vergangenen Jahren ihre Berufserfahrung in einer Rechtsabteilung, idealerweise in einem international verbundenen Unternehmen gesammelt. Hier kann sie auf Erfahrungen in der Beratung von Führungskräften und interner Dienstleister aufbauen.
- In ihrer beruflichen Laufbahn hat sie sich mit dem internationalen Vertrags- und Handelsrecht vertraut machen können und sich in die gängigen Abläufe und Prozesse in einer Rechtsabteilung eingearbeitet.
- Gefordert durch die internationale Ausrichtung der Aufgabe und des Unternehmens verfügt sie, neben dem Deutschen, über gute Französischkenntnisse (insbesondere der französischen Rechtssprache-B2-Level) und versteht es in einem gepflegtem Business-English in Wort und Schrift zu kommunizieren.
- Wenn darüber hinaus noch weitere Kenntnisse einer Fremdsprache bestehen, so ist dies von Vorteil.
- Ein sicherer Umgang mit aktueller Software (MS-Office) stellt für sie eine Selbstverständlichkeit dar.

* Aufgrund der Lesbarkeit des Textes verwenden wir die weibliche Form. Selbstverständlich sind für die Besetzung der Position das Geschlecht, die Religionszugehörigkeit, die Gesinnung und Behinderungen gleichwertig. Hauptsache, es passt.

Die SHS hat die ue² exklusiv mit der Vorauswahl für diese zukunftsorientierte Position beauftragt.

Mehr zu dieser außergewöhnlichen Chance und zu der internationalen Einbindung im Unternehmen sagt Ihnen gerne Herr Kai Petersen.

Sie erreichen ihn persönlich unter +49 941 94 67 0808. Oder Sie schreiben ihm mit Bezug auf die Projektnummer JS – UJ 2121, gerne per E-Mail an kp@uequadrat.de. Herr Petersen reagiert umgehend und garantiert Ihnen absolute Diskretion.

OFFRE DE COLLABORATION



Droit des affaires
Avocat(e) germanophone

SOFFAL

153 boulevard
Hausmann
75008 PARIS

<https://soffal.de/fr>



QUI SOMMES-NOUS ?

Cabinet d'avocats en droit des affaires international, nous accompagnons depuis plus de 35 ans des clients français et étrangers – principalement germanophones - dans tous les domaines juridiques et fiscaux concernant la vie de l'entreprise. Nous œuvrons au rapprochement économique et interculturel, principalement dans le domaine franco-allemand.

Nos clients, quelle que soit leur taille, interviennent dans des secteurs d'activités très variés et nous les accompagnons tant en conseil qu'en contentieux.



VOTRE PROFIL

Vous aimez aider, conseiller, être stimulé(e) intellectuellement, apporter votre pierre à l'édifice.

Vous êtes un(e) excellent(e) avocat(e), mais êtes également curieux(se) et innovant(e).

Vous êtes parfaitement organisé(e), entreprenant(e), avez un bon relationnel et aimez travailler en équipe.

Titulaire du CAPA après une formation de 3^{ème} cycle en droit des affaires (bi-cursus franco-allemand de préférence) ou d'un DJCE, vous justifiez de stages significatifs ou d'une première expérience en cabinets d'avocats.

Idéalement vous maîtrisez la langue allemande tant à l'écrit qu'à l'oral et parlez anglais.

VOTRE EXPERIENCE CHEZ NOUS

Vous allez œuvrer en faveur de l'implantation et de la croissance d'entreprises sur le marché français. Vous accompagnez au quotidien des entreprises françaises et étrangères - tant en conseil qu'en contentieux.

Vous vivrez une expérience riche et valorisante dans un cabinet convivial, humain, innovant, pluridisciplinaire et interculturel.



Avant de nous rencontrer pour évoquer plus en détails votre projet professionnel, merci de nous adresser vos CV et lettre de motivation à jobs@soffal.fr

Rechtsanwalt mit deutsch-französischer Doppelqualifikation (m/w/d) am Standort Frankfurt



IHRE PROFIL

Sie sind seit mindestens 3 Jahren als Rechtsanwalt tätig und verfügen über solide Kenntnisse im Handels- und Gesellschaftsrecht sowie im Vertriebs- und Vertragsrecht. Sie verfügen über ausgezeichnete Sprachkenntnisse sowohl in Englisch als auch Französisch. Sie haben vielleicht sogar ein juristisches Diplom einer französischen Universität im Rahmen eines Doppelstudiums oder Austauschprogramms erworben. Dann würden wir Sie sehr gerne kennenlernen!

IHRE TÄTIGKEIT

Wir bieten Ihnen eine abwechslungsreiche, bereichsübergreifende Tätigkeit in einem interdisziplinären, kollegialen Team mit einem angenehmen Arbeitsklima, offenen Türen und kurzen Wegen. Zu Ihren Hauptaufgaben gehört die Beratung von ausländischen Unternehmen im Vertrags- und Gesellschaftsrecht, vornehmlich in französischer und englischer Sprache.

Wir halten es für wichtig, dass Sie Ihre Leistung in einem angenehmen Arbeitsumfeld erbringen und ermöglichen Ihnen flexible Arbeitsformen. Wir fördern den Austausch zu unseren Kollegen anderer LPA-Büros – für die hier ausgeschriebene Position insbesondere mit Paris.

ÜBER UNS

Wir sind eine international tätige Sozietät mit 13 Standorten weltweit. In Deutschland sind wir in Frankfurt, Hamburg und München mit einem Team von rund 65 Rechtsanwälten, Wirtschaftsprüfern, Steuerberatern, Notaren und Avocats à la Cour vertreten.

LPA-GGV berät in allen Bereichen des Wirtschaftsrechts. Ein Alleinstellungsmerkmal ist unsere Expertise im grenzüberschreitenden Umfeld. Hier stellt LPA-GGV eines der größten Teams im Kanzleimarkt.

INTERESSIERT?

Wir freuen uns auf Ihre Bewerbungsunterlagen per E-Mail an personal@lpa-ggv.com. Unsere Personalabteilung steht Ihnen auch telefonisch unter 069-97961-128 gerne zur Verfügung.

www.lpa-ggv.com | Westendgate | Hamburger Allee 2-4 | 60486 Frankfurt am Main

Paris | Algiers | Casablanca | Douala / Yaoundé | Dubai | Frankfurt | Hamburg | Hong Kong | Munich | Shanghai | Singapore | Tokyo